

Strukturelle Verankerung von Demokratiewerk in der Polizei Niedersachsen

Konzeption und Durchführung der modularen Weiterbildung
„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“

Michael Parak / Dirk Götting

Hrsg. v. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
in Zusammenarbeit mit Polizeiakademie Niedersachsen

IMPRESSUM



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.



POLIZEIAKADEMIE
NIEDERSACHSEN

in Zusammenarbeit mit



gefördert durch

Landesprogramm
für Demokratie
und Menschenrechte

Strukturelle Verankerung von Demokratietarbeit in der Polizei Niedersachsen

Konzeption und Durchführung der modularen Weiterbildung
„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“

© 2022 Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. und Polizeiakademie Niedersachsen

Autoren: Michael Parak/Dirk Götting

Hrsg. v. Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. und Polizeiakademie Niedersachsen

Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.

Stauffenbergstr. 13-14

01785 Berlin

info@gegen-vergessen.de

www.gegen-vergessen.de

Polizeiakademie Niedersachsen

Forschungsstelle für Polizei- und
Demokratiegeschichte

Bürgermeister-Stahn-Wall 9

31285 Nienburg/Weser

polizeischutz_fuer_die_demokratie@akademie.polizei.niedersachsen.de

www.pa.polizei.niedersachsen.de

Layout und Lektorat:

Die Rederei gUG

(haftungsbeschränkt)

Wasastraße 14

01219 Dresden

www.rederei-agentur.de

Druck:

addprint AG, Bannewitz / Possendorf

ISBN: 978-3-9824031-3-7

EINLEITUNG.....	06
01. STRUKTURELLE UND KONZEPTIONELLE VERANKERUNG DER WEITERBILDUNG IN DER POLIZEI NIEDERSACHSEN.....	10
1.1. Fortbildungsinitiative „Polizeischutz für Demokratie“.....	10
1.2. Hohes Institutionenvertrauen als Auftrag zur Weiterentwicklung.....	12
1.3. Strategische Rahmung: „Strategie 2027“ der Polizei Niedersachsen.....	17
1.4. Leitbegriffe der modularen Weiterbildung: Demokratisches Selbstverständnis und Resilienz der Polizei.....	18
1.5. Bildungsangebote zur Demokratisierung in der Polizei Niedersachsen.....	21
02. ZUSAMMENWIRKEN DER POLIZEI MIT ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN TRÄGERN.....	25
2.1. Heranziehen von Expertenwissen von „außen“.....	25
2.2. Perspektiven erweitern.....	28
03. „STRATEGIEPATINNEN UND STRATEGIEPATEN FÜR DEMOKRATIE“.....	31
3.1. Nicht nur eine Weiterbildung, sondern Arbeit in Strukturen.....	31
3.2. Mögliche Aufgaben der „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“.....	33
3.3. Erste Erfahrungen.....	35
04. KONZEPTIONELLE GRUNDLAGEN.....	40
4.1. Bedeutung von Geschichte.....	40
4.2. Demokratische Haltung.....	41
4.3. "Tür der Veränderungen" öffnen.....	44
4.4. Geschützten Raum für Austausch anbieten.....	46
4.5. Struktureller Einbezug externer Expertise.....	48

05. MITTLERZIELE UND HANDLUNGSZIELE DER WEITERBILDUNG...50	
5.1. Mittlerziel 1: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ haben ihr demokratisches Selbstverständnis reflektiert und sind in ihrer demokratischen Haltung gestärkt.....	51
5.2. Mittlerziel 2: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ verfügen über relevantes Fachwissen.....	55
5.2. Mittlerziel 3: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind in der Lage, sich für eine demokratische Kultur innerhalb der Polizei einzusetzen und diese weiter zu fördern.....	61
5.4. Mittlerziel 4: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind offen für eine vertrauensstiftende Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Institutionen.....	63
06. ORGANISATION DER WEITERBILDUNG.....	67
6.1. Teilnehmende.....	67
6.2. Aufbau und zeitlicher Umfang.....	67
6.3. Beauftragung externer Partner.....	69
07. TRANSFERMÖGLICHKEITEN.....	71
7.1. Weiterentwicklung der Zusammenarbeit staatlicher und nicht- staatlicher Akteure zur Stärkung der Demokratie in Deutschland.....	71
7.2. Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und nichtstaatlicher Akteure zur Stärkung der Demokratie in Deutschland.....	73
7.3. Wissenschaftliche Begleitung.....	76

EINLEITUNG

Die politisch Verantwortlichen wie auch die Polizeiführung in Niedersachsen haben sich bewusst entschieden, qualifizierte Beraterinnen und Berater für Demokratiarbeit innerhalb der Organisation zu etablieren. Dies ist ein weitsichtiger und mutiger Schritt. Denn selbstverständlich kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau gesagt werden, wie sich das Tätigkeits- und Aufgabengebiet der **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** auf lange Sicht entwickeln wird.

Entscheidend ist: Die Polizei will ihr in der „Strategie 2027“ formuliertes Ziel *„Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen.“*¹ mit allem Nachdruck angehen. Dies ist ausdrücklich mehr als eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den eigenen Reihen. Die Grundidee ist vielmehr, das Bekenntnis, das die Polizeianwärtinnen und Polizeianwärter bei ihrem Dienst gegeben haben, während des gesamten Berufslebens zu vergegenwärtigen und zu leben. Die gemeinsame Aufgabe ist es, die Demokratie zu schützen, zu gestalten und weiterzuentwickeln. Je besser dies gelingt, desto enger werden die Räume für jene, die der Demokratie und den Grundrechten feindlich gegenüberstehen.

Die Polizei Niedersachsen zielt darauf ab, das Thema Demokratiestärkung strukturell innerhalb der Polizei zu verankern. Dabei geht es nicht um hinzugekaufte Weiterbildungsangebote, die in ihrer Wirkung schnell verpuffen. Über diese modulare Weiterbildung wird sichergestellt, dass es in Kürze in allen größeren Organisationseinheiten wie den Polizeiinspektionen speziell qualifizierte Kolleginnen und Kollegen geben wird, die dauerhaft rund um das Thema Demokratie ansprechbar sind. Zunächst ist ein Kreis von rund 100 Personen im Land Niedersachsen vorgesehen,

¹ proPolizei. Informationen für Niedersachsens Polizei, November/Dezember 2019, S. 17, https://www.polizei-nds.de/download/74260/proPOLIZEI_Ausgabe_November_Dezember_2019.pdf [Abruf: 01.03.2022]; https://www.polizei-nds.de/wir_ueber_uns/strategie_2027/strategie-2027-110382.html [Abruf: 01.03.2022].

weitergehender Bedarf zeichnet sich aber schon ab. Die **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** werden sich stark – durchaus auch mit Eigensinn – in die Weiterentwicklung der Polizei einbringen. Manche Dinge werden dabei auf der Ebene der Polizeiinspektionen entwickelt und ausgearbeitet und eben nicht zentral gesteuert werden. Mit dieser Vorgehensweise können weitergehende Prozesse angestoßen werden.

Gestartet ist die Initiative **„Polizeischutz für Demokratie“** im November 2019. Die Besonderheit ist, dass die Polizei Niedersachsen proaktiv auf eine zivilgesellschaftliche Organisation, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., zugegangen ist, um ein Konzept für die Weiterbildung zu entwickeln und dieses dann auch gemeinsam umzusetzen.

Die Zusammenarbeit erfolgt genau in dem Sinne, wie es der NSU-Untersuchungsausschuss vorschlägt: es geht um Reflexion der eigenen Arbeit, Expertenwissen und Perspektiverweiterung. Die Arbeit am gemeinsamen Ziel erfolgt gleichberechtigt, mit gegenseitigem Respekt, auf Augenhöhe; unvermeidbare Reibungspunkte werden kollegial behandelt, mit gegenseitigem Verständnis unter Anerkennung unterschiedlicher Bedürfnisse und Aufgaben.

Konzeptionell und als fördernde Institution ist an dem Vorhaben auch der Landespräventionsrat Niedersachsen beteiligt. Dieser koordiniert die Umsetzung des niedersächsischen Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte und fördert die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Er ist daran interessiert, dass die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit einem zivilgesellschaftlichen Träger auch auf andere staatliche Organisationen übertragen werden können.

Demokratie ist immer ein Prozess, und dazu gehören Aushandlungsprozesse zwischen unterschiedlichen Beteiligten verschiedener Ebenen. Wir sind froh und dankbar, dass sich so viele auf das gemeinsame Ringen eingelassen haben, um die Idee, „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ in der Polizei Niedersachsen zu etablieren, zu verwirklichen. Dazu zählen der Innenminister des Landes Niedersachsen wie auch der Landespolizeipräsident für das Landespolizeipräsidium und der Polizeihauptpersonalrat.

In einer Organisation wie der Polizei, in der Hierarchien bedeutsam sind, ist ein deutliches Signal „von oben“ wichtig, um Veränderungsprozesse anzustoßen. Bedeutsam für die Konzeption und Durchführung der modularen Weiterbildung sind überdies die Polizeipräsidenten der Polizeidirektionen Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück sowie der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen, des Landeskriminalamts und der Polizeiakademie. In vielen Gesprächen wurden gemeinsam die Potenziale herausgearbeitet, welche die „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ für die Polizei Niedersachsen bieten. Mit der Umsetzung und Steuerung wurde die Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte an der Polizeiakademie Niedersachsen betraut, die auch eng mit dem Studienggebiet Sozialwissenschaften und Führung der Akademie kooperierte.

Der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verfügt über langjährige Erfahrungen darin, konstruktive Lösungsansätze zu entwickeln, die geeignet sind, Gemeinsamkeiten von Demokratinnen und Demokraten zu betonen. Die daraus entstandene Expertise wurde durch den überparteilichen Vorstand sowie ehrenamtlich agierende Regionale Arbeitsgruppen in das Projekt

eingbracht. Die Konzeption und Umsetzung übernahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit Parts Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH. Als erfahrener Bildungsträger im Bereich Demokratiestärkung und Rechtsextremismusprävention gelang es Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. auch, unterschiedliche Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Präventionspraxis und Zivilgesellschaft zur Mitwirkung an der modularen Weiterbildung zu gewinnen.

Diese Aufzählung lässt richtig vermuten, dass ein solcher gemeinsamer Prozess nicht immer einfach ist. Aus unserer Erfahrung und tiefsten Überzeugung heraus können wir aber sagen: Es lohnt sich! Unser Dank gilt allen Beteiligten, vor allem aber denjenigen, die sich mit Kompetenz und Herzblut in der neuen Funktion engagieren: den „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ in der Polizei Niedersachsen.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Vorsitzender

Carsten Rose

Polizeiakademie Niedersachsen
Direktor

1. STRUKTURELLE UND KONZEPTIONELLE VERANKERUNG DER WEITERBILDUNG IN DER POLIZEI NIEDERSACHSEN

1.1. Fortbildungsinitiative „Polizeischutz für Demokratie“

In der Bundesrepublik Deutschland schützt die Polizei die Demokratie – sowohl als politisches System wie auch in der konkreten Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger.

Wir leben in der glücklichen Situation, dass Demokratie und Grundrechte in unserer Verfassung festgeschrieben sind. Demokratie und Rechtsstaat gehören zusammen; die Gültigkeit

von Menschen- und Bürgerrechten entzieht sich einfachen Mehrheitsentscheidungen. In der aktuellen Situation bleibt die liberale Demokratie jedoch nicht mehr unangefochten, bislang für selbstverständlich Gehaltenes ist nicht mehr selbstverständlich. **Demokratie muss geschützt, gestaltet und weiterentwickelt werden. Je besser dies gelingt, desto enger werden die Räume für jene, die der Demokratie und den Grundrechten feindlich gegenüberstehen.**

Hierbei kommt der Polizei als Institution wie auch allen dort Beschäftigten eine zentrale Rolle zu. Demokratie ist darauf angewiesen, dass die Institutionen, die mit der Gefahrenabwehr und dem Schutz der Grundrechte beauftragt sind, gute Arbeit leisten. Dazu bedarf es mehr als nur der Abwesenheit von Verfassungsfeinden in der Institution Polizei; vielmehr sind die hier Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet, sich aktiv für den demokratischen Staat einzusetzen.

Die Polizei Niedersachsen stellt sich den aktuellen Herausforderungen u.a. seit November 2019 mit der Initiative **„Polizeischutz für Demokratie“**.² Diese zielt darauf ab, das freiheitlich-demokratische Selbstverständnis jeder und jedes Einzelnen in der Polizei zu stärken. Die Polizei soll so demokratiegefährdenden

Anfeindungen widerstehen und aktiv widersprechen können.

„Polizeischutz für die Demokratie bedeutet immer auch Selbstschutz für die Polizei!“ – ist eine zentrale Aussage der Initiative. Das demokratische Selbstverständnis wird nicht einfach als eine Konstante betrachtet, die ohne größeres eigenes Mitwirken selbstverständlich vorhanden ist. Es wird hingegen hervorgehoben, dass es einer Auseinandersetzung mit der eigenen Einstellung und Haltung bedarf. Konzediert wird, dass rechtspopulistische oder rechtsextreme Denkweisen auch Resonanz in den Reihen der Polizei finden. Im Unterschied dazu gibt es gegenwärtig kaum Anzeichen für das Vorhandensein linksextremistischer oder islamistischer Tendenzen innerhalb der Sicherheitsbehörden.

Die Initiative **„Polizeischutz für die Demokratie“** agiert im Wesentlichen über Fortbildungen, die basierend auf dem dreiteiligen sogenannten SMQ-Konzept angeboten werden: zunächst Sensibilisierung, anschließend Motivationssteigerung und darauf folgend Qualifizierung:

„Mit der Sensibilisierung soll ein Problembewusstsein in Bezug auf populistische Erscheinungen und ihre Folgen verstärkt werden. Auf diese Art und Weise kann ein demokratischer Diskurs über die Demokratie als wertvolles und schützenswertes Gut, die eigene Haltung und Position und die Herausforderungen für die Polizei Niedersachsen insgesamt angestoßen werden.“

Aufbauend auf dieser Sensibilisierungsmaßnahme und für diejenigen konzipiert, die sich intensiver mit Demokratiegeschichte und den Erscheinungsformen von Populismus auseinandersetzen möchten, wird eine Veranstaltung zur politischen Bildung angeboten.

»
Demokratie muss geschützt, gestaltet und weiterentwickelt werden. Je besser dies gelingt, desto enger werden die Räume für jene, die der Demokratie und den Grundrechten feindlich gegenüberstehen.

² Polizeischutz für Demokratie, https://www.pa.polizei-nds.de/polizeigeschichte/polizeischutz_fuer_die_demokratie/ [Abruf 03.01.2021].

Das Besondere an der Qualifizierung ist, dass wir innerhalb der Polizei Freiwillige suchen – und wir finden diese Freiwilligen auch. Dabei soll es sich um Personen handeln, die hohe Akzeptanz genießen und die auch Wirkung in die Polizei entfalten [...] Durch die Qualifizierung werden die Teilnehmenden zu „Strategie-



[...] einen Prozess anzustoßen, der sowohl das demokratische Selbstverständnis der Polizeiangehörigen stärkt, als auch dazu beiträgt, dass die Polizei insgesamt als Akteur im Kreis der um den Schutz unserer freiheitlichen Demokratie engagierten Institutionen stärker wahrgenommen wird.

patinnen und -paten für Demokratie“ qualifiziert und erwerben Handlungskompetenzen, um (rechts-)populistischen Tendenzen und Beeinflussungen auf Dauer mit fachlicher Expertise und konsequent begegnen zu können. Im Anschluss treten die Patinnen und Paten als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auf und geben ihr neuerworbenes Wissen an unsere Kolleginnen und Kollegen, aber auch an unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger außerhalb der Polizeiorganisation weiter.“³

Die Fortbildungsmaßnahmen der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ zielen insgesamt darauf ab, „einen Prozess anzustoßen, der sowohl das demokratische Selbstverständnis der Polizeiangehörigen stärkt, als auch dazu beiträgt, dass die Polizei insgesamt als Akteur im Kreis der um den Schutz unserer freiheitlichen Demokratie engagierten Institutionen stärker wahrgenommen wird.“ Dies ist ein auf die Demokratie insgesamt abzielender Anspruch: „So soll nach innen gehandelt, aber auch nach außen gewirkt werden.“⁴

1.2. Hohes Institutionenvertrauen als Auftrag zur Weiterentwicklung

Ein wichtiger Gradmesser für die Akzeptanz des politischen Systems ist das Institutionenvertrauen. Haben die Bürgerinnen und

Bürger Vertrauen in die Institutionen, unterstützen sie im Allgemeinen die bestehende gesellschaftliche Ordnung. Ein gesunkenes Vertrauen in die Demokratie und ihre politischen Institutionen ist ein Warnsignal für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein Angriffspunkt für Populisten.⁵

Unter den Institutionen, die breites Vertrauen in der Bevölkerung genießen, ragt die Polizei heraus. Eine breit angelegte repräsentative Studie der Bertelsmann-Stiftung im März 2017 ergab, dass **69,9 Prozent** der Befragten großes oder sehr großes Vertrauen in die Institution Polizei haben. **22,1 Prozent** vertrauen ihr teils, teils. Nur **8 Prozent** der Bevölkerung haben geringes oder überhaupt kein Vertrauen.⁶ Diese grundsätzliche Bewertung besteht auch unter aktuellen Bedingungen fort: Eine von Infratest dimap durchgeführte Umfrage kam im Oktober 2020 auf Vertrauenswerte von **84 Prozent** für die Polizei.⁷

Dieser ausgesprochen positive Befund zeigt, dass das Gewaltmonopol des Staates als eine wichtige Errungenschaft der Neuzeit von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht nur prinzipiell befürwortet wird. Auch die tatsächliche Ausübung des Gewaltmonopols durch die Polizei wird nicht infrage gestellt.

Das Gewaltmonopol des Staates ist ein entscheidendes Element für innergesellschaftlichen Frieden, können doch damit Selbstjustiz und bürgerkriegsähnliche Zustände vermieden werden. Für die Demokratie in Deutschland wäre es verhängnisvoll, wenn Bürgerinnen und Bürger meinten, gewisse Dinge selbst in die Hand nehmen zu müssen, z.B. Bürgerwehren zu gründen, weil sie finden, dass der Staat sie nicht richtig schützt. **Es wäre eine reelle Bedrohung für unsere Demokratie, wenn größere Gruppen den Staat und seine Institutionen nicht mehr als legitim**

⁵ Das Vertrauen in die Institutionen politische Parteien, Gerichte, Polizei, Landesregierung, Landtag, Bundesregierung, Bundestag, öffentlich-rechtlicher Rundfunk beträgt insgesamt: sehr großes Vertrauen 35,3 Prozent; teils/teils 43,2 Prozent; überhaupt kein/geringes Vertrauen 21,5 Prozent. Vgl. Kai Unzicker, Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh 2019, S. 46, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien> [Abruf 01.03.2022].

⁶ Bundesweit gibt es aber durchaus deutliche regionale Unterschiede. So bilden das Saarland mit Zustimmungswerten von 81,5 Prozent, Schleswig-Holstein mit 81,2 Prozent und Niedersachsen mit 74,7 Prozent das Spitzentrio, während Brandenburg mit 57,8 Prozent das bundesweite Schlusslicht bildet. Vgl. Kai Unzicker, Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh 2019, S. 59, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien> [Abruf 01.03.2022].

⁷ Umfrage zum Vertrauen in die Institutionen in Deutschland 2020; Ergebnis „Glaubwürdigkeit der Medien 2020“ von infratest dimap, Oktober 2020, S. 16, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/814334/umfrage/vertrauen-in-die-institutionen-in-deutschland/> [Abruf 01.03.2022].

³ Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Förderung der demokratischen Widerstandskraft / der demokratischen Resilienz der Beschäftigten der Polizei Niedersachsen“, Niederschrift über die 90. – öffentliche – Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport am 1. Oktober 2020 Hannover, Landtagsgebäude, S. 17, <https://www.nilas.niedersachsen.de/starweb/NILAS/servlet.starweb?path=NILAS/lissh.web> [Abruf 15.02.2022].

⁴ Polizeischutz für Demokratie, https://www.pa.polizei-nds.de/polizeigeschichte/polizeischutz_fuer_die_demokratie/ [Abruf 03.01.2021].

betrachten und mit Verweis auf ein „Recht auf Notwehr“ versuchen würden, eigene Gewalt zu legitimieren. Mit dem Auftreten rechtsextremer Gewalttaten in Deutschland sind einige Bevölkerungsgruppen besonderen Risiken ausgesetzt. Als Polizei

» Sicherheit muss für jede und jeden gewährleistet werden.

der Schutzverantwortung immer wieder allen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber nachzukommen, ist also aktueller denn je, denn Sicherheit muss für jede und jeden gewährleistet werden.

Institutionenvertrauen ist jedoch kein Selbstläufer. Das Vertrauen muss stets aufs Neue erarbeitet werden. Dazu gehört auch, dass die betreffende Institution strukturelle Verantwortung übernimmt. Dies hebt der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags hervor: *„Alle Organisationen und Institutionen müssen damit rechnen, dass immer wieder von Einzelnen Fehler gemacht werden – und sie müssen Vorsorge dafür treffen, dass solche Fehler erkannt und korrigiert werden können. Hier haben Behördenleitung und Fachaufsicht besondere Verantwortung.“*⁸

Denn es wäre verhängnisvoll für das Funktionieren der Demokratie in Deutschland, wenn das hohe Vertrauen, dass Bürgerinnen und Bürger der Polizei entgegenbringen, erschüttert würde oder zurückginge. Dies könnte geschehen, wenn der Eindruck entsteht, dass die Polizei nicht alle Bürgerinnen und Bürger gleich behandelt.

„Die Polizei soll für öffentliche Sicherheit und Ordnung sorgen, sowie Straftaten und Gefahren abwehren. Von institutionellem Rassismus spricht man dann, wenn Menschen bestimmter Herkunft, also rassifizierte oder migrantisierte Menschen, eine benachteiligte Position im Rahmen dieser Aufträge haben. Das

⁸ Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes vom 22. August 2013, Drucksache 17/14600 des Deutschen Bundestags, S. 863, <https://dserver.bundestag.de/btd/17/146/1714600.pdf> [Abruf 01.03.2022].

*meint etwa, dass PoC [people of colour] regelmäßig unbegründet tatverdächtig werden, aber auch, dass PoC regelmäßig nicht als Opfer gesehen werden.“*⁹

Bislang gibt es kaum systematische Studien zu Rassismus und Diskriminierung durch Polizeibeamte. Demnach ist es zum jetzigen Zeitpunkt auch noch nicht möglich, eine verlässliche oder gar quantitative Aussage darüber zu treffen, wie groß dieses Problem innerhalb der Polizei ist.

An der Ruhr-Universität Bochum wird gerade ein größeres Forschungsprojekt zur „Körperverletzung im Amt durch Polizisten“ durchgeführt. Die Zwischenergebnisse machen deutlich, dass ein stetiger Weiterentwicklungsbedarf besteht:

*„Die Auswertung hat gezeigt, dass PoC und Personen mit Migrationshintergrund in anderer Weise von (als rechtswidrig bewerteten) polizeilichen Gewaltanwendungen betroffen waren und diese in anderer Weise wahrgenommen haben als weiße Personen bzw. solche ohne Migrationshintergrund [...] Die Befunde dieser Auswertung verweisen darauf, dass die Benachteiligung von PoC und Personen mit Migrationshintergrund nicht vorrangig ein individuelles Problem einzelner Beamt*innen darstellt. Es handelt sich ebenso um ein strukturelles Problem polizeilicher Praxis. Dies meint nicht, dass die Polizei in Gänze davon betroffen wäre oder gezielt so handelte. Um ein strukturelles Problem handelt es sich vielmehr, da sowohl die Entstehung von Erfahrungswissen und verräumlichtem Polizeihandeln als auch unbewusste Stereotype keine zufälligen Erscheinungen bei einzelnen Beamt*innen sind, sondern (auch) aus den Strukturen der Organisation Polizei entstehen – etwa ihren Aufgaben und Tätigkeiten, der Art und Weise der Umsetzung dieser sowie den Formen des Umgangs mit Fehlern und Missständen.“*¹⁰

⁹ Aladin El-Mafaalani, Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassistischen Widerstand, Köln 2021, S. 80.

Der Polizeiwissenschaftler Raphael Behr fasst den bisherigen Kenntnisstand wie folgt zusammen: *„Durch das vermehrte Auftreten [von Fällen von Rassismus] deutschlandweit entsteht das Bild einer völlig entgleisten Polizei. Das ist nicht ganz richtig. Extreme Milieus in der Polizei sind nicht die große Masse, aber die Einzelfalltheorie ist eben auch nicht richtig [...] Wir bewegen uns irgendwo in der Mitte. Um das Problem quantitativ zu benennen, fehlen aber die empirischen Grundlagen.“*¹⁰ Zu den Vorhaben, die in letzter Zeit gestartet wurden, gehört auch eine Antidiskriminierungsstudie an der Polizeiakademie Niedersachsen.¹²

Das hohe Institutionenvertrauen, dass die Bevölkerung der Polizei in Deutschland entgegenbringt, ist ein wichtiges Pfund. Zugleich ist es aber auch ein Auftrag und ein Ansporn, sich weiterzuentwickeln und besser zu werden. Das Ziel muss sein, bei allen Bevölkerungsgruppen als vertrauenswürdig zu gelten: systemische und strukturelle Unterschiede gilt es abzubauen.

Für die Polizei gelten besonders hohe Maßstäbe – eben weil die Demokratie auf ihren Ebenen als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform des Schutzes der Polizei bedarf. Richtigerweise fordert der Politikwissenschaftler Hermann Groß: *„Polizeien sollen eben kein „Spiegelbild der Gesellschaft“ sein, wie es bei polizeilichem Fehlverhalten als entschuldigende Floskel oft heißt, sondern eine Positivauswahl an Personen, die im Dienste von Bürgern und Staat agieren.“*¹³

Die Weiterentwicklung einer Institution ist eine Daueraufgabe. Ständige Aufgabe muss es sein, (noch) besser zu werden, das Vertrauen, das in die Institution gesetzt wird, zu halten oder besser noch zu steigern.

1.3. Strategische Rahmung: „Strategie 2027“ der Polizei Niedersachsen

Um wirksam werden zu können, bedürfen Fortbildungsmaßnahmen einer strukturellen und konzeptionellen Einbettung in die Organisationsentwicklung einer Institution. In Niedersachsen hat zum 1. Januar 2020 die „Strategie 2027“ bisherige Planungen der Polizei abgelöst. Unter dem Leitbild *„Wir sind eine lernende, erfolgreiche und attraktive Organisation“* werden zehn strategische Ziele aufgeführt, darunter:

*„Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen.“*¹⁴

Diese strategische Rahmung sorgt dafür, dass die Initiative **„Polizeischutz für die Demokratie“** mehr als eine unter vielen täglichen Aufgaben ist, denen innewohnt, schnell wieder von Neuem, Tagesaktuellem abgelöst zu werden. Vielmehr wird hier eine Aufgabe der mittelfristigen strategischen Weiterentwicklung formuliert. Dies bedeutet aus Organisationssicht, dass auch eine entsprechende Unterfütterung mit Maßnahmen – und auch Ressourcen – erfolgen muss. Zugleich zieht ein solch deutlich formuliertes Ziel ein öffentliches Interesse nach sich, das zu Nachfragen von außen, aber auch innerhalb der Organisation führt.¹⁵ Solche Zielbenennungen in übergeordneten Leitbildern und Planungen sind keine Selbstläufer mit Erfolgsgarantie, sie führen aber im besten Fall dazu, dass eine Großorganisation die benannte Aufgabe nicht mehr zur Seite schieben kann, wenn gleichzeitig andere wichtige Dinge anliegen.

Dies führt auch dazu, dass Verantwortlichkeiten geklärt werden: mit der Umsetzung der Initiative **„Polizeischutz für die Demo-**



Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen.

¹³ Hermann Groß, Polizei(en) und innere Sicherheit in Deutschland. Strukturen, Aufgaben und aktuelle Herausforderungen, in: APUZ Nr. 21-23 (2019), S. 4-10, hier S. 10, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/291195/polizei> [Abruf 01.03.2022].

¹⁴ proPolizei. Informationen für Niedersachsens Polizei, November/Dezember 2019, S. 17, https://www.polizei-nds.de/download/74260/proPOLIZEI_Ausgabe_November_Dezember_2019.pdf [Abruf 01.03.2022]; https://www.polizei-nds.de/wir_ueber_uns/strategie_2027/strategie-2027-110382.html [Abruf 01.03.2022].

¹⁰ Laila Abdul-Rahman / Hannah Espin Grau / Luise Klaus / Tobias Singelstein, Zweiter Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (KviAPol) Rassismus und Diskriminierungserfahrungen im Kontext polizeilicher Gewaltausübung, 11. November 2020, https://kviapol.rub.de/images/pdf/KviAPol_Zweiter_Zwischenbericht.pdf [Abruf 01.03.2022]; aber: „Mangels bevölkerungsrepräsentativer Stichprobe kann die vorliegende Auswertung auch keine Aussage darüber treffen, ob Personen mit Migrationshintergrund und PoC in Deutschland häufiger von rechtswidriger polizeilicher Gewaltanwendung betroffen sind als Personen ohne Migrationshintergrund bzw. weiße Personen.“

¹¹ Lukas Wittland, Die schützende Hand, in: TAGESSPIEGEL v. 21.12.2021, S. 3, https://bib-voebb.genios.de/document/TSP__0db676503757113177452e2b-269c97a0b7f146e [Abruf 08.02.2022].

¹² Vgl. Jens Bergmann / Astrid Jacobsen, Kategorisierung von Menschen. Eine Konzeption für die Erforschung polizeilicher Diskriminierung, in: Polizeiakademie Niedersachsen (Hrsg.), Forschung, Bildung, Praxis im gesellschaftlichen Diskurs. Kongress Netzwerk demokratische Polizei, 9.-10.9.2021 in Hannover, Frankfurt am Main 2021, S. 77-83.

kratie“ wurde die Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte an der Polizeiakademie Niedersachsen betraut, die eng mit dem Studiengebiet 4 Sozialwissenschaft und Führung kooperiert.

1.4. Leitbegriffe der modularen Weiterbildung: Demokratisches Selbstverständnis und Resilienz in der Polizei

Die Grundvoraussetzungen für ein demokratisches Selbstverständnis sind erst einmal ausgesprochen gut: Menschen entscheiden sich für den Polizeiberuf, weil sie sich in eine Institution einbringen wollen, die Recht und Ordnung gewährleisten soll. Der Diensteid beinhaltet das klare Bekenntnis zum demokratischen Verfassungsstaat: *„Ich schwöre, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Niedersächsische Verfassung und die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“*¹⁵

Zunächst hat die Institution Polizei dafür Sorge zu tragen, dass Menschen, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aktiv entgegengetreten, nicht in den Polizeidienst gelangen bzw. aus diesem entfernt werden. Darüber hinaus gilt es darauf hinzuwirken, dass das zum Dienst Eintritt abgelegte Bekenntnis auch in der Praxis das Berufsleben der Polizistinnen und Polizisten prägt. Das ist ein hoher Anspruch, der zahlreichen Herausforderungen im Berufsalltag – und manchmal daraus resultierender Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im konkreten Fall – standhalten muss.

Die Initiative steht und fällt mit der Freiwilligkeit der Akteure. Sie

¹⁵ Vgl. zuletzt Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung auf die Anfrage der Abgeordneten Julia Willie Hamburg und Susanne Menge (GRÜNE), 13. November 2020, Drucksache 18/7926, <https://www.landtag-niedersachsen.de/parlamentsdokumente/parlamentsdokumente/> [Abruf 01.03.2022].
–
¹⁶ § 47 Diensteid, Niedersächsisches Beamtengesetz vom 25. März 2009, http://www.nds-vo-ris.de/jportal/portal/t/hg4/page/bsvorsprod.psm1/js_pane1/Inhaltsverzeichnis.

ist sowohl Herausforderung als auch Chance. Herausforderung, weil das Funktionieren unserer Demokratie davon abhängt, wie sehr die Menschen, die in ihr leben, aus Überzeugung bereit sind, sich mit ihr zu identifizieren und sich aus eigenem Antrieb für sie einzusetzen. Denn zwingen kann man Menschen zu einem freiheitlichen und demokratischen Denken und Handeln nicht. In Bezug auf Polizistinnen und Polizisten bedeutet dies, dass formeller und informeller Druck, kleinteilige Überwachung sowie die Androhung von Sanktionen nicht zum Ziel führen werden.

Es bleibt nur das freiwillige Handeln – doch gerade darin liegt eine Chance: Wer freiwillig bereit ist, sich für die Stärkung der Demokratie einzusetzen, der handelt aus eigener Überzeugung. Es bedarf nur einer Art positiver Verstärkung, um hier eine nachhaltige Wirkung für die gesamte Organisation zu erzielen. Diese Verstärkung muss sich zuerst auf die Person selbst beziehen. Sie braucht Orientierung mit Blick auf die Aufgabe, Reflexionsmöglichkeiten und eine Erweiterung der eigenen Kompetenzen in fachlicher, sozialer und persönlicher Hinsicht.

Ein Leitbegriff ist sowohl für die „Strategie 2027“ als auch für die Weiterbildung der **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** grundlegend: der Bewältigungs- und Widerstandsfähigkeit (Resilienz). Verwandt wird er vor allem im Bereich der Pädagogik, Psychologie und Gesundheitswissenschaften.¹⁷ Übertragen auf das Feld der Demokratie kann mit folgender Definition gearbeitet werden:

„Resilienz ist die Fähigkeit, Krisen und Risikofaktoren wie menschenfeindliche und antidemokratische Dynamiken, Ideen und Situationen durch Rückgriff auf organisationale, fachliche und persönliche Ressourcen zu bewältigen und sie als Anlass für Ent-

»
[...] weil das Funktionieren unserer Demokratie davon abhängt, wie sehr die Menschen, die in ihr leben, aus Überzeugung bereit sind, sich mit ihr zu identifizieren und sich aus eigenem Antrieb für sie einzusetzen.

wicklungen zu nutzen, um für zukünftige Herausforderungen widerstandsfähig zu sein.“¹⁸

Erkenntnisse aus der Jugendarbeit können auch auf den Bereich der Polizei übertragen werden. Demnach sind personale Faktoren von Prozessfaktoren zu unterscheiden.

„Zu den resilienzstärkenden personalen Faktoren zählen kognitive Leistungsmodelle, aber auch Deutungs- und Sinngebungsmodelle sowie Selbstwirksamkeitserfahrungen, Problemlösungsorientierung und die Fähigkeit zur aktiven Beziehungsgestaltung. Ebenfalls dazu gehören eine hohe Widerspruchstoleranz und emotionale Fähigkeiten, um Emotionen und Handlungen kontrollieren zu können. Unter die resilienzstärkenden Prozessfaktoren lassen sich die Bündelung der Energien auf das Veränderbare und eine Strategieentwicklung für das nächste zu Bewältigende subsumieren sowie die Akzeptanz von Unvermeidbarem.“¹⁹ Die Weiterbildung versucht den „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ Angebote zu machen, die eben jene Faktoren aufgreifen.

Zugleich ist es wichtig zu betonen, dass die Stärkung der demokratischen Widerstandsfähigkeit nicht allein auf der personalen Ebene erreicht werden kann. Ebenfalls notwendig ist eine strukturelle Weiterentwicklung der Dachorganisation. Faktoren systemischer Resilienz können beispielsweise sein: Anpassungsbereitschaft fördern, Transformation gestalten, soziale Beziehungen/Netzwerkstrukturen verbessern, Bildung intensivieren, kritische Reflexion steigern. Faktoren der organisationalen Resilienz bestehen darin, u.a. Organisationsprinzipien gezielt zu steuern oder Restrukturierungen gut zu kommunizieren.²⁰

¹⁷ Vgl. als Überblick Klaus Fröhlich-Gildhoff / Maike Rönnau-Böse, Resilienz, München 2019.

-

¹⁸ Judith Rahner, Praxis- handbuch Resilienz in der Jugendarbeit, Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus und Ideologien der Ungleichheiten, Weinheim 2020, S. 10.

-

¹⁹ Judith Rahner, Praxis- handbuch Resilienz in der Jugendarbeit, Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus und Ideologien der Ungleichheiten, Weinheim 2020, S. 64-65.

Die Polizei Niedersachsen geht durch die strukturelle Verankerung von „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ bewusste Schritte in die Richtung, die demokratische Widerstandsfähigkeit auf der System- und Organisationsebene zu stärken.

1.5. Bildungsangebote zur Demokratiestärkung in der Polizei Niedersachsen

Die Polizeiakademie Niedersachsen hat als zentrale Bildungseinrichtung den gesetzlichen Auftrag zur Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Landespolizei Niedersachsen. Zudem fungiert sie als wichtiges Bindeglied zwischen Wissenschaft und Praxis in polizeilichen Fragen. Diese strukturelle Aufstellung, die sich von anderen Bundesländern unterscheidet, ermöglicht einen guten Überblick über bestehende Bildungsmaßnahmen zur Demokratiestärkung und zur Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Die Ausbildung angehender Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten erfolgt im dualen Bachelorstudiengang „Polizeivollzugsdienst (B.A.)“ an der Polizeiakademie Niedersachsen. Hierbei nehmen sie an Unterrichtseinheiten zum Thema „Demokratiefähigkeit“ teil. Die Thematik wird in den drei Studiengebieten Kriminalwissenschaften, Rechtswissenschaften und Sozialwissenschaften bzw. Führung interdisziplinär aus unterschiedlichen Blickwinkeln behandelt. Die zukünftigen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten stärken ihre Demokratiekompetenz, indem sie sich insbesondere mit den Demokratieprinzipien sowie mit der Wahrung und Achtung der Grundrechte intensiv beschäftigen. Die herausragende Rolle der Grundrechte im

²⁰ Judith Rahner, Praxis- handbuch Resilienz in der Jugendarbeit, Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus und Ideologien der Ungleichheiten, Weinheim 2020, S. 70-71.

»»
**Die zukünftigen Polizei-
 vollzugsbeamtinnen und
 -beamten stärken ihre
 Demokratiekompetenz,
 indem sie sich
 insbesondere mit den
 Demokratieprinzipien
 sowie mit der
 Wahrung und Achtung
 der Grundrechte
 intensiv beschäftigen.**

Grundgesetz wird u. a. durch historische Vergleiche und durch die Erörterung der verfassungsrechtlichen Sicherungsmechanismen unterstrichen. Neben der Menschenwürde liegt ein besonderer Fokus auf den klassischen Freiheitsrechten, also den Abwehrrechten der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat. Zudem ist die Befassung mit Diversität ein wichtiger Baustein: *„Dem polizeilichen Nachwuchs wird dabei vergegenwärtigt, dass Diversität die eigene Organisation und die in ihr wirkenden Menschen voranbringt und Respekt und Verständnis im zwischenmenschlichen Umgang fördert.“*²¹

Die Ausbildungsinhalte sind ein Standbein der Polizeiarbeit. Zugleich konstatierte die Bochumer Polizeistudie unlängst, dass polizeiliches Handeln zu einem wesentlichen Teil auf Erfahrungswissen der handelnden Beamten basiert: *„In diesem Wissen vermischen sich eigene berufliche Erfahrungen mit Wissensbeständen aus anderen Quellen. Dazu zählen unter anderem Erfahrungen von Kolleg*innen, Berichte über Erfahrungen Dritter sowie eigene Einstellungen. Auch nicht selbst erlangtes Erfahrungswissen kann zu einem „Gruppenkonsens“ werden, der „fälschlicherweise [...] objektiviert wird“.*²²

Natürlich spielt Erfahrungswissen für viele Berufsgruppen eine wichtige Rolle. Doch Polizistinnen und Polizisten arbeiten in gesellschaftlich sehr sensiblen Bereichen. Die Erfahrungen, die sie dort machen, unterscheiden sich von Erlebnissen und Eindrücken, die Menschen in anderen Berufen sammeln. Drei Herausforderungen gilt es besonders im Blick zu haben:

²¹ Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Förderung der demokratischen Widerstandskraft / der demokratischen Resilienz der Beschäftigten der Polizei Niedersachsen“, Niederschrift über die 90. – öffentliche – Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport am 1. Oktober 2020 Hannover, Landtagsgebäude, S. 15-16, <https://www.nilas.niedersachsen.de/starweb/NILAS/servlet.starweb?path=NILAS/lishh.web> [Abruf 15.02.2022]. Vgl. auch Umsetzung der Handlungsvorschläge des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages und der Länder und Erkenntnisstand über mögliche Verbindungen des NSU nach Niedersachsen. Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 04.12.2019 auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eingegangen am 04.07.2019 – Drs. 18/4130, S. 22-23.

Generalisierungen: Die Aufgabe der Polizei ist es, sich mit den Schattenseiten der Gesellschaft auseinanderzusetzen: mit Menschen, die kriminell werden. Der Berufsalltag besteht eben nicht aus der Begegnung mit allen Bereichen des vielfältigen gesellschaftlichen Lebens, sondern mit speziellen Problemfeldern. Dies kann dazu führen, dass Erfahrungen, die mit einzelnen Menschen gemacht werden, generalisiert und auf ganze Gruppen übertragen werden.²³ Nicht nur bei Personen, auch bei Orten können im Laufe des Berufslebens solche Generalisierungen entstehen. Dies nennt man dann „verräumlichtes polizeiliches Handeln“. Bisherige Erfahrungen mit bestimmten Orten wie z.B. Gefahrengeländen und sozialen Brennpunkten führen zu bestimmten Vorannahmen beim Einsatz.²⁴

Gewalterfahrungen: Polizistinnen und Polizisten üben in ihrem Beruf Gewalt aus und sind zugleich von Gewalt betroffen. Ein Lagebild des BKA aus dem Jahr 2018 ergibt eine Summe von knapp 80.000 Beamtinnen und Beamten mit Gewalterfahrungen.²⁵ Polizistinnen und Polizisten befinden sich oftmals in einer Zwischmühle. Einer ihrer Aufträge ist es, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu verteidigen. Dabei sehen sie sich aber selbst oft körperlichen Angriffen ausgesetzt. Diese konkreten körperlichen Bedrohungen und Erfahrungen können auch Auswirkungen auf die eigenen Einstellungen und das polizeiliche Handeln haben.

Vergeblichkeitserfahrungen: Besonders schwierig kann es für Polizistinnen und Polizisten werden, wenn es ihrem Empfinden nach zu Diskrepanzen zwischen den einzuhaltenden Gesetzen und der Praxis kommt, z.B. wenn Menschen, die sie einer Tat überführt haben, von Gerichten nicht verurteilt werden. Die Gründe dafür mögen unterschiedlich sein, doch kann aus solchen Beobachtungen für die Polizistinnen und Polizisten der

²² Laila Abdul-Rahman / Hannah Espin Grau / Luise Klaus / Tobias Singelstein, Zweiter Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (KviAPol) Rassismus und Diskriminierungserfahrungen im Kontext polizeilicher Gewaltausübung, 11. November 2020, S. 33 https://kviapol.rub.de/images/pdf/KviAPol_Zweiter_Zwischenbericht.pdf [Abruf 01.03.2022].

²³ Til Knipper, „Die Fehlerkultur bei der Polizei ist schwach ausgeprägt“. Interview mit Hans-Gerd Jaschke, in: TAGESSPIEGEL vom 1. September 2018, S. 36-37 <https://www.tagesspiegel.de/politik/einsatze-in-chemnitz-die-fehlerkultur-bei-der-polizei-ist-zu-schwach-ausgepraegt/22978484.html> [Abruf 01.03.2022].

²⁴ Laila Abdul-Rahman / Hannah Espin Grau / Luise Klaus / Tobias Singelstein, Zweiter Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (KviAPol) Rassismus und Diskriminierungserfahrungen im Kontext polizeilicher Gewaltausübung, 11. November 2020, S. 33 https://kviapol.rub.de/images/pdf/KviAPol_Zweiter_Zwischenbericht.pdf [Abruf 01.03.2022].

²⁵ Maria Fiedler / Frank Jansen, Angefeindet im Einsatz. Aggressivität gegen Polizisten und Rettungskräfte nimmt zu, in: TAGESSPIEGEL vom 27. Dezember 2019, <https://www.tagesspiegel.de/politik/angefeindet-im-einsatz-aggressivitaet-gegen-polizisten-und-rettungskraefte-nimmt-zu/25370804.html> [Abruf 01.03.2022].

Eindruck entstehen, dass sie nicht mehr „in einer Linie“ mit anderen Staatsorganen wie Gerichten oder Verwaltungen stünden.

Die drei genannten Punkte Generalisierungen, Gewalt- und Vergeblichkeitserfahrungen sind Beispiele für berufliche Erlebnisse, die auch Auswirkungen auf die Einstellungen gegenüber einzelnen Gruppen und dem demokratischen Rechtsstaat haben

»
Generalisierungen, Gewalt- und Vergeblichkeitserfahrungen sind Beispiele für berufliche Erlebnisse, die auch Auswirkungen auf die Einstellungen gegenüber einzelnen Gruppen und dem demokratischen Rechtsstaat haben können.

können. Auf der Mikroebene kann sich eine (gefühlte) Diskrepanz zwischen dem direkt Erlebten und dem politischen System auf tun. In jedem Beruf ist es verhängnisvoll, wenn Beschäftigte das Gefühl haben, dass ihre Bedürfnisse nicht hinreichend gesehen werden. Für die Polizei ist es besonders gefährlich, wenn die eigene Unzufriedenheit mit der Demokratie und dem Rechtsstaat insgesamt verbunden wird. Auch hier setzt die „Strategie 2027“ an, beziehen sich einzelne Strategieziele doch explizit auf die Zufriedenheit der Mitarbeitenden als wichtigen Faktoren der Weiterentwicklung der Organisation.²⁶

Der Umgang mit dem sogenannten Erfahrungswissen sollte Teil von Fort- und Weiterbildungen sein. Die Fortbildungsinitiative „**Polizeischutz für Demokratie**“ greift diese Aufgabe gezielt auf. Strukturell und konzeptionell werden dabei insbesondere zwei Akzente gesetzt: Zum einen wird auf das Erfahrungswissen eines zivilgesellschaftlichen Partners zurückgegriffen. Zum anderen werden Polizistinnen und Polizisten zu „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ weitergebildet. Damit wird eine neue Funktion in der Polizeistruktur Niedersachsen etabliert. Aus dieser heraus können dann Fortbildungsmaßnahmen unterstützt und initiiert aber auch gezielte Fortbildungsimpulse gesetzt werden.

²⁶ „Wir führen auf der Basis von Offenheit und Vertrauen partnerschaftlich, mitarbeiter- und aufgabenorientiert“, „Wir gestalten ein modernes, gesund erhaltendes Arbeitsumfeld, in dem Dienstliches und Persönliches in Einklang gebracht werden“; proPolizei. Informationen für Niedersachsens Polizei, November/Dezember 2019, S. 17, https://www.polizei-nds.de/download/74260/proPOLIZEI_Ausgabe_November_Dezember_2019.pdf [Abruf 01.03.2022]; https://www.polizei-nds.de/wir_ueber_uns/strategie_2027/strategie-2027-110382.html [Abruf 01.03.2022]. 22-23.

2. ZUSAMMENWIRKEN DER POLIZEI MIT ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN TRÄGERN

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags liefert eine an Deutlichkeit kaum zu übertreffende Fehleranalyse der Sicherheitsorgane. Zugleich gibt er Empfehlungen zur notwendigen Weiterentwicklung der Polizei ab.

Hier wird den Sicherheitsbehörden u.a. nahegelegt, „Expertenwissen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft“ hinzuzuziehen. Zugleich wird *„eine neue Arbeitskultur [gefordert], die anerkennt, dass z.B. selbstkritisches Denken kein Zeichen von Schwäche ist, sondern dass nur derjenige bessere Arbeitsergebnisse erbringt, der aus Fehlern lernt und lernen will. Zentral ist dabei die Diskurs- und Kritikfähigkeit, d.h. es muss eine ‚Fehlerkultur‘ in den Dienststellen entwickelt werden. Reflexion der eigenen Arbeit und Umgang mit Fehlern sollte daher Gegenstand der polizeilichen Aus- und Fortbildung werden.“* Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen sollten in die Aus- und Fortbildung einbezogen werden.²⁷

Die angemahnte Weiterentwicklung wird dabei in doppelter Hinsicht verstanden: zum einen in einer Bekräftigung und Stärkung der vorhandenen positiven Potenziale; zum anderen in einer Abwehr von insbesondere politischem Extremismus. Dies umfasst die Arbeit innerhalb der Organisation Polizei wie auch das Wirken der Institution und ihrer Beschäftigten bei der Erfüllung des Polizei-Auftrags.

2.1. Heranziehen von Expertenwissen von „außen“

Selbst für eine Großorganisation wie die Polizei ist es kaum leistbar, die Themenfelder Demokratiestärkung und Rechtsextremismusprävention in allen Facetten zu untersuchen. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft bestehen aber Möglichkeiten, be-

²⁷ Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, 22. August 2013, Drucksache 17/14600, S. 861-864, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714600.pdf> [Abruf 01.03.2022].

nötigte Erkenntnisse und Erfahrungswissen in anderer Form aufzugreifen und heranzuziehen. Das Wissen, das partiell in der eigenen Organisation nicht vorhanden ist, kann durch Zusammenarbeit mit anderen eingebracht werden. Entsprechendes Know-how findet sich in Bereichen „Staat“ und „Markt“, aber auch im sogenannten „Dritten Sektor“. Dieser wird synonym oft

» **Scheinbar naturgemäß arbeiten staatliche Institutionen – wenn überhaupt – eher mit anderen staatlichen Akteuren zusammen, als dass sie Expertise aus der Breite der Gesellschaft einholen. Gerade im Themenfeld Rechtsextremismusprävention ist dies aber nicht ausreichend.**

auch als „Zivilgesellschaft“ bezeichnet. Dazu gehören beispielsweise Vereine, Verbände, Stiftungen, Netzwerke, soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Die Abgrenzung der Sektoren ist nicht trennscharf. So werden wissenschaftliche Erkenntnisse beispielsweise in staatlichen Einrichtungen wie auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen gewonnen.

Scheinbar naturgemäß arbeiten staatliche Institutionen – wenn überhaupt – eher mit anderen staatlichen Akteuren zusammen, als dass sie Expertise aus der Breite der Gesellschaft einholen. Gerade im Themenfeld Rechtsextremismusprävention ist dies aber nicht ausreichend.²⁸

Dies hat auch mit der Entwicklung zu tun, wie das Thema in der Bundesrepublik Deutschland bearbeitet wurde. In der Zeit nach der Vereinigung Deutschlands wurden rassistisch motivierte Übergriffe und Anschläge – Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen – zu Fanalen der Menschenfeindlichkeit rechtsextremer Kräfte, die zugleich von Bürgern angefeuert wurden.²⁹ Staatliche Akteure waren nicht in der Lage, dem Einhalt zu gebieten. Es folgte eine Gründungswelle zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich lokal oder überregional rechtsextremistischen Tendenzen entgegenstellten. Auch die Gründung des Vereins **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.**

²⁸ Vgl. Annette Zimmer, Die verschiedenen Dimensionen der Zivilgesellschaft, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138713/dimensionen> [Abruf 15.11.2021].

²⁹ Vgl. Wolfgang Benz, Rassismus, Ausgrenzung, Gewalt. Klärungen für die soziale Arbeit, Berlin 2018, S. 108-122.

erfolgte 1993 in diesem zeitlichen Kontext.³⁰ Die Bedeutung dieses zivilgesellschaftlichen Engagements unterstrich der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, als er im Jahr 2000 nach dem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge einen „Aufstand der Anständigen“ einforderte. In der Folge richteten Bund und Länder „Aktionspläne“ und spezielle Förderprogramme zur Unterstützung gesellschaftlicher Akteure ein. Diese Programme wurden insbesondere nach der Selbstenttarnung des NSU und dem zunehmenden Auftreten rechtspopulistischer Einstellungen und Handlungen weiter ausgebaut.

Die aktuelle Strategie der Bundesregierung zur Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung macht deutlich: *„Eine aktive Zivilgesellschaft, das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und ein gemeinsames Wirken von Staat und Zivilgesellschaft sind elementare Bestandteile einer effektiven Bekämpfung von Extremismus und der Stärkung demokratischer Gegenkräfte.“*³¹

Dieser kurze Rückblick hilft zu verstehen, warum wesentliches Expertenwissen in den Themenfeldern Demokratiestärkung und Rechtsextremismus bei zivilgesellschaftlichen Organisationen liegt. Dies ist eine Folge von Eigeninitiative und Selbstermächtigung wie auch bewusster staatlicher Entscheidung, diese Organisationen finanziell zu fördern.

2016 arbeitete der Bund zur Prävention gegen den Extremismus und zur Förderung von Demokratie und Vielfalt mit fast 700 zivilgesellschaftlichen Trägern und Zuwendungsempfängern in ganz Deutschland zusammen.³² Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Soziales, Frauen und Jugend hat 2021 ein Haushaltsvolumen von 150 Millionen Euro.³³ Im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“, das beim

³⁰ Vgl. <https://www.gegen-vergessen.de/verein/verein-im-ueberblick/> [Abruf 01.03.2022].

³¹ Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, hrsg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2016, S. 21, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/109002/5278d578ff8c59a19d-4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf> [Abruf 28.09.2021].

³² Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, hrsg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2016, S. 8, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/109002/5278d578ff8c59a19d-4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf> [Abruf 28.09.2021].

Bundesministerium des Innern und für Heimat angesiedelt ist, stehen 12 Millionen Euro für die Förderung von regional verankerten Vereinen, Verbänden und Multiplikatoren zur Verfügung.³⁴ Zudem unterhält die Bundeszentrale für politische Bildung eine eigene Projektförderung mit innovativen Pilotprojekten. Weiterhin gibt es auch in den Bundesländern eigene Programme zur Extremismusprävention, wie das niedersächsische „Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte“, koordiniert durch den Landespräventionsrat Niedersachsen.³⁵

Aufgrund dieser Bündelung von Erkenntnissen und Erfahrungswissen bei ganz unterschiedlichen Trägern des Dritten Sektors lohnt es sich für alle staatlichen Akteure, insbesondere auch für die Polizei, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu suchen. **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.** bringt langjährige Expertise und Erfahrung aus entsprechenden Bundes- und Landesprogrammen in die Zusammenarbeit mit der Polizei Niedersachsen ein.³⁶

2.2. Perspektiven erweitern

Dass Bildungsprogramme Wirkung entfalten, zeigt beispielsweise die modulare Fortbildungsreihe „Zwischen Konflikt und Konsens – Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog“, die 2018 in Niedersachsen mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt wurde. Im Rahmen der Fortbildung beschäftigten sich die Teilnehmenden aus Polizei und Zivilgesellschaft u.a. auch mit den Sichtweisen der jeweils „anderen Seite“. Dabei traten Unkenntnis über Motive, Handlungslogiken des Gegenübers, aber auch Vorurteile und verfestigte Ressentiments zu Tage.

Die wissenschaftliche Evaluation der Fortbildungsreihe konnte in diesem Bereich im Verlauf wesentliche Veränderungen erfassen.

Den Teilnehmenden aus Polizei und Zivilgesellschaft gelang im Dialog miteinander jeweils ein Perspektivwechsel: *„Erstaunlich sei gewesen zu erfahren, dass man auf unterschiedliche Weise ähnliche Ziele verfolge, wie u.a. den Schutz der Demokratie und Meinungsfreiheit. Dass die Vorgehensweisen sich aber oft so diametral entgegenstehen, habe eben auch mit den unterschiedlichen unverzichtbaren Rollen zu tun, die Polizei und Zivilgesellschaft für ein demokratisches Gemeinwesen einnehmen.“*³⁷

Mit dieser wichtigen Erkenntnis wird bislang im Verhältnis von Polizei und zivilgesellschaftlichen Organisationen noch nicht hinreichend gearbeitet. **Statt mit scheinbar unvereinbaren Gegensätzen könnte stärker damit gearbeitet werden, dass es verbindende Elemente in der Zielsetzung gibt, für die je nach gesellschaftlicher Rolle aber unterschiedliche Wege eingeschlagen werden. Das Wissen und die Verständigung darüber führen zu einem Perspektivwechsel und einer Perspektiverweiterung auf beiden Seiten.**

Das niedersächsische Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte hebt die Bedeutung der Zusammenarbeit von staatlichen Akteuren mit der Zivilgesellschaft als eigenes Handlungsziel hervor: *„Staatliche Institutionen und Institutionen mit staatlichem Auftrag sind offen für die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Institutionen und beteiligen sie an geeigneten Entscheidungsprozessen sowie Projekten und Maßnahmen.“* (Handlungsziel 4.1.). Zugleich erachtet das niedersächsische Landesprogramm eine entsprechende Bereitschaft zum Perspektivwechsel auch für zivilgesellschaftliche Organisationen als notwendig: *„Zivilgesellschaftliche Institutionen sind in die Netzwerkstrukturen auf Landes-, regionaler und kommunaler Ebene eingebunden und sind offen für die Zusammenarbeit mit staat-*



Wissen und Verständigung führen zu einem Perspektivwechsel und einer Perspektiverweiterung auf beiden Seiten.

>> [...] lohnt es sich für alle staatlichen Akteure, insbesondere auch für die Polizei, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu suchen.

³³ Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, <https://www.demokratie-leben.de/> [Abruf 01.03.2022]. [Abruf 28.09.2021].

³⁴ Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“, des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, umgesetzt durch die Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/> [Abruf 01.03.2022].

³⁵ Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte, Koordinierungsstelle Landespräventionsrat Niedersachsen, <https://lpr.niedersachsen.de/nano.cms/koordinierungsstelle-landesprogramm-fuer-demokratie-und-menschenrechte> [Abruf 01.03.2022].

³⁶ Vgl. auch <https://www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/> [Abruf 01.03.2022].

³⁷ CTS Text-Line, Abschlussbericht der Evaluation „Zwischen Konflikt und Konsens. Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog. Modulare Fortbildungsreihe 2018“, Königswinter 2018.

» Für die Polizei ergibt sich die Notwendigkeit, benötigte Erkenntnisse und Erfahrungswissen heranzuschaffen.

lichen Institutionen.“ (Handlungsziel 10.1.). Denn die vorgenannte Evaluation macht deutlich, dass Dialog und Austausch geeignet sind, auch aufseiten der Zivilgesellschaft Veränderungen zu bewirken: *„Als Projekt können wir bilanzieren, dass der intensive Austausch mit der Polizei dazu geführt hat, dass wir polizeiliche Perspektiven und Maßnahmen nun besser verstehen und nachvollziehen können – unabhängig davon, ob wir sie persönlich auch immer richtig finden.“*³⁸

Selbstverständlich wird die Zusammenarbeit von Polizei und Zivilgesellschaft – schon aufgrund der unterschiedlichen Rollen – niemals frei von Spannungen sein. **Hilfreich könnte sein, sich stets zu vergegenwärtigen, dass es „die Zivilgesellschaft“ nicht gibt, sondern ein breites Feld an Organisationen und engagierten Menschen.** Gesellschaftliche Vorstellungen, politische Präferenzen, Bildungsansätze und Handlungs- und Aktionsformen der Handelnden sind überaus vielfältig. So kann das Selbstverständnis von zivilgesellschaftlichen Akteuren bewusstes oppositionelles Handeln gegenüber staatlichen Akteuren umfassen, es kann aber auch bewusst kooperative Ansätze enthalten.

Für die Polizei ergibt sich die Notwendigkeit, benötigte Erkenntnisse und Erfahrungswissen heranzuschaffen. **Es gilt, geeignete Kooperationspartner zu identifizieren. Dazu gehört auch, Perspektiven einzubeziehen, die nicht von vornherein der eigenen Binnenlogik entsprechen.** In der konkreten Kooperation können dann Erfahrungen gesammelt werden, mit welchen zivilgesellschaftlichen Trägern produktiv, vertrauensvoll und langfristig zusammengearbeitet werden kann.

³⁸ Stiftung SPI (Hrsg.), Ansichten, Einsichten, Aussichten des Projekts „Polizei und Vielfalt“ der Stiftung SPI 2016–2017, Berlin 2017, S. 47, https://www.stiftung-spi.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/veroeffentlichungen/srup_lebenslagen/propol-polizei_broschuere2017.pdf [Abruf 01.03.2022].

3. „STRATEGIEPATINNEN UND STRATEGIEPATEN FÜR DEMOKRATIE“ IN DER POLIZEI NIEDERSACHSEN

3.1. Nicht nur eine Weiterbildung, sondern Arbeit in Strukturen

Neben dem Heranziehen externer fachlicher Expertise eines Kooperationspartners ist eine weitere Entscheidung der Polizei Niedersachsen bemerkenswert: Sie wird ein neues Angebot in den Polizeistrukturen verankern. Mit dieser Vorgehensweise können weitergehendere Prozesse angestoßen werden. **Es geht darum, eine echte, langfristige Verankerung in der Polizeistruktur zu erreichen, die über einzelne Weiterbildungsangebote hinausgeht.** Die Polizei Niedersachsen setzt dies sowohl auf der Makroebene in der „Strategie 2027“ um, als auch auf der Ebene der Polizeiinspektionen bis hin zu den einzelnen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im täglichen Einsatz.



Es geht darum, eine echte, langfristige Verankerung in der Polizeistruktur zu erreichen, die über einzelne Weiterbildungsangebote hinausgeht.

Das formulierte Leitziel lautet: Alle größeren polizeilichen Organisationseinheiten (Polizeiinspektionen o.ä.) der Polizei Niedersachsen verfügen über qualifizierte **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“**. Bis Ende 2022 werden rund 100 Polizistinnen und Polizisten weitergebildet.

In der gemeinsamen Konzeptentwicklung der Polizeiakademie Niedersachsen und von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. standen diese Strukturüberlegungen im Fokus. Hier wurde herausgearbeitet, dass es in anderen gesellschaftlichen Feldern vielfältige Vorerfahrungen für Ideen gibt, qualifizierte Beauftragte und Berater für Demokratiearbeit innerhalb einer Institution zur Verfügung zu haben. Dabei wird davon ausgegangen, dass es Personen in der Organisation geben sollte, die kompetent sind, aktiv und reaktiv auf die gesellschaftlichen Herausforderungen eingehen zu können. Mit ihrer Binnensicht können die Ansprech-

personen die neu erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten dann wirksam einbringen. Gleichzeitig ist eine Zusammenarbeit mit Trägern außerhalb der Organisation vorgesehen, um die Qualität durch entsprechende Impulse zu sichern und weiterentwickeln zu können.

Für die Polizei Niedersachsen liegt die Bezeichnung dieser Ansprechpersonen als „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ nahe, weil damit der direkte Bezug zur „Strategie 2027“ hergestellt wird. Zugleich werden damit auch die sich aus der Strategie ergebenden Tätigkeitsfelder „Bewahrung und Weiterentwicklung des demokratischen Selbstverständnisses“ wie „Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Erscheinungen“ deutlich.

Allerdings soll ausdrücklich angemerkt werden, dass die „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ weder allein noch vorrangig für die Umsetzung des strategischen Ziels verantwortlich sind. Für die Durchsetzung der strategischen Vorgaben als Führungsaufgabe gibt es etablierte Strukturen und Prozesse in der Polizei Niedersachsen.

Das Besondere an der Weiterbildung zu „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ ist, dass sich hier engagierte Polizeiangehörige mit ihren Aktivitäten freiwillig an der Stärkung des demokratischen Selbstverständnisses und der demokratischen Widerstandsfähigkeit ihrer Kolleginnen und Kollegen beteiligen können. Durch dieses Vorgehen wird Demokratiestärkung in der und durch die Polizei nicht nur zur generellen Führungsaufgabe erhoben, sondern es wird gleichzeitig ein unterstützender und fördernder Rahmen für die Aktivitäten auf der Ebene der Polizeiinspektionen geschaffen. So wird durch

das Wirken der „**Strategiepatinnen und –paten für Demokratie**“ Einfluss genommen auf die informelle „Cop-culture“. Im polizeilichen Alltag wird zunehmend auch die Bezeichnung Demokratiepatinnen und Demokratiepaten für diese Ansprechpersonen verwandt.

Zielgruppe sind insbesondere Führungskräfte der ersten und mittleren Führungsebene und Personalvertretungen, da diese im Kreis ihrer Kolleginnen und Kollegen zumeist über ein hohes Maß an Akzeptanz verfügen. Personalvertreterinnen und Personalvertreter sind zudem aufgrund ihres Amtes demokratisch legitimiert. Diese Zielgruppe wird jedoch nicht dogmatisch betrachtet: Engagement und Bereitschaft der Teilnehmenden sind die Hauptsache. Herauszuheben ist, dass diese Tätigkeit von den „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ im Nebenamt wahrgenommen wird.

3.2 Mögliche Aufgaben der „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“

Die politisch Verantwortlichen wie auch die Polizeiführung in Niedersachsen haben sich bewusst entschieden, qualifizierte Ansprechpersonen für Demokratiearbeit innerhalb der Institution Polizei zur Verfügung zu haben. Dies ist ein weitsichtiger und mutiger Schritt.

Bewusst wurde auf einen regelnden Erlass verzichtet, um Kreativität nicht einzuengen, sondern zu fördern. Das praktische Tätigkeitsprofil der „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ wird breit sein und von Polizeiinspektion zu Polizeiinspektion auch mit unterschiedlichen Akzenten ausgefüllt werden. Die „**Strategiepatinnen und Strate-**

➤ **Bewusst wurde auf einen regelnden Erlass verzichtet, um Kreativität nicht einzuengen, sondern zu fördern.**

„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ werden sich hier stark mit ihren individuellen Erfahrungen und Kompetenzen einbringen. Es wird also nicht alles zentral gesteuert, sondern es werden Dinge auch auf der Ebene der Polizeiinspektionen entwickelt und ausgearbeitet.

So kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau gesagt werden, wie sich das Tätigkeits- und Aufgabengebiet der **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** auf lange Sicht entwickeln wird. Zu den möglichen Aktivitäten vor Ort zählen beispielsweise:

- das Anregen einer themenbezogenen Kommunikation innerhalb ihrer Dienstbereiche
- Unterstützung und Beratung, gegebenenfalls Weitervermittlung bei Problemfällen
- das Organisieren und die Vermittlung von Informations- und Bildungsveranstaltungen
- gemeinsame Projekte mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich ebenfalls um die Stärkung der Demokratie bemühen
- und vor allem: immer ein offenes Ohr für Fragen von Kolleginnen und Kollegen

Schon jetzt bilden die **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** Netzwerke, sei es durch den Austausch mit den teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen des Weiterbildungskurses, sei es über die jeweiligen Kurse hinaus. Ein landesweites Netzwerk der **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** wird für gegenseitigen Fachaustausch und Erfahrungstransfer sorgen. Zugleich können Anregungen, Ideen und Angebote von außen in diesen Kreis hineingetragen werden.

3.3 Erste Erfahrungen

Über ein Jahr hinweg initiierten die **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** nun bereits eine Vielzahl von digitalen, hybriden und in Präsenz stattfindenden Veranstaltungen und wirkten damit bestärkend auf die demokratische Resilienz ihrer Kolleginnen und Kollegen ein. Im Folgenden sollen **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** und ihre Aktivitäten dargestellt werden. Nicht sekundär, sondern durch diese selbst.

IMME HILDEBRANDT, Landeskriminalamt Niedersachsen:

„Demokratiepatin zu sein, bedeutet für mich, als Impulsgeberin in meiner Behörde die Kolleginnen und Kollegen zur Beschäftigung mit dem Thema Demokratie anzuregen. Durch verschiedene Aktionen, Gespräche und angebotene Fortbildungen möchte ich zur Förderung des Demokratieverständnisses beitragen und dieses möglichst nachhaltig im dienstlichen Kontext verankern.“

Bisher plane ich für die Kolleginnen und Kollegen verschiedene Veranstaltungsformate und Workshops in Zusammenarbeit mit dem ZeitZentrum Zivilcourage in Hannover, denn gerade die gemeinsame erlebensbasierte Auseinandersetzung mit der Geschichte kann ein Bewusstsein für die Bedeutung demokratischer Werte in der Gegenwart schaffen.“

BENJAMIN SCHRÖER, Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen:

„Demokratiepate zu sein, bedeutet für mich, mich aktiv gegen demokratiegefährdende Erscheinungen einzusetzen und meine Kolleginnen und Kollegen mit Fachwissen und Reflexionsfähigkeit auszustatten, um diesen Erscheinungen wirksam und mit einem demokratischen Selbstverständnis zu begegnen.“

Als Polizeibeamter in der Bereitschaftspolizei haben meine Kolleginnen und Kollegen und ich regelmäßig Kontakt mit dem politischen Diskurs in unserer Gesellschaft. Der Ton „auf der Straße“ ist merklich rauer geworden und demokratiegefährdende Äußerungen sind häufiger an der Tagesordnung. Hier möchten wir mit dem „Polizeischutz für Demokratie“ zur Seite stehen, die Haltung stärken und das Bewusstsein, worauf wir unseren Eid geleistet haben, wieder stärker in den Vordergrund holen.

In meiner Funktion als Demokratiepate haben zahlreiche Freiwillige und ich intensiv bei der Organisation und Durchführung des Tages der Demokratie innerhalb der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD NI) mitgewirkt. Durch spannende Fachvorträge und dislozierte Seminare und Workshops an den verschiedenen Standorten der ZPD NI mit über 800 Teilnehmenden konnten wir den Wert einer demokratischen Polizei herausstellen und die Relevanz herausarbeiten, eine klare Haltung zu den demokratischen Werten zu entwickeln.

» Demokratiepate zu sein, bedeutet für mich, dem Thema Raum zu geben und es innerhalb der Polizeiakademie Niedersachsen diskutierbar und reflektierbarer zu machen.

Besonders freut mich, dass es uns gelungen ist, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer spüren zu lassen, wie wichtig es ist, für die Demokratie einzustehen, sich für ihre Werte starkzumachen und diese auch deutlich zu repräsentieren.“

THOMAS EICKHOFF, Polizeiakademie Niedersachsen – Standort Oldenburg:

„Demokratiepate zu sein, bedeutet für mich, dem Thema Raum zu geben und es innerhalb der Polizeiakademie Niedersachsen diskutierbar und reflektierbarer zu machen.

In meiner Funktion als Demokratiepate habe ich bisher Podiumsdiskussionen zu den Themenfeldern Interkulturelle Kompetenz

und 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland und verschiedene andere Bildungsformate zu den Themenfeldern Polizei und Medien organisiert.

Aktuell habe ich einen Wettbewerb für Studierende der Polizeiakademie Niedersachsen geplant, in dem Studierende durch das Kreieren eines Songs, eines Videos oder anderer innovativer Beiträge zeigen, was für sie Demokratie ist, warum es sich lohnt für die Demokratie zu kämpfen und warum wir als Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hinter der Verfassung und für unsere Demokratie (ein-)stehen.

In näherer Zukunft werde ich eine Kooperation der Polizeiakademie Niedersachsen mit dem Projekt FAIRES KÄMPFEN ausbauen. Das Projekt verfolgt im Rahmen einzelner Judotrainingsequenzen das Ziel, sowohl junge Flüchtlinge als auch in Deutschland beheimatete Menschen zusammenzuführen und Berührungspunkte abzubauen. Teilnehmende Studierende tragen so zu einem besseren Verständnis und einem Abbau etwaig bestehender Vorurteile durch den direkten Kontakt in sportlicher Interaktion bei.“

SVEN HOLZSCHNEIDER, Polizeiakademie Niedersachsen – Standort Nienburg:

„Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit – auf diesen Werten beruht ein gutes und solidarisches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Überzeugung.

Demokratiepate zu sein, bedeutet für mich, meinen Kolleginnen und Kollegen in dieser dynamischen Zeit Orientierung zu bieten und gleichzeitig Impulse zu setzen, um die Demokratie weiter zu stärken. Mir ist wichtig, mit den Menschen in einen Dialog zu kommen, um darauf aufbauend eine gemeinsame Haltung gegen

jede Form von demokratiegefährdenden Erscheinungen zu entwickeln.

Dabei ist es ebenso wertvoll, auch nach außen zu wirken – sich als Polizei ein Stück weit zu öffnen und sich gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Institutionen und Vereinen für die Grundwerte und Normen unseres Zusammenlebens einzusetzen.

Mithilfe eines solchen demokratiefördernden Netzwerks auf lokaler Ebene kann so nicht nur das Vertrauensverhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Polizei weiter positiv beeinflusst werden, sondern auch das demokratische Engagement der Aktiven vor Ort unterstützt werden.

Zu einer erfolgreichen Demokratiearbeit zählt in meinen Augen ganz wesentlich die Bewahrung einer Erinnerungskultur, die die Opfer nicht vergessen und ihre Schicksale sichtbar werden und bleiben lässt. In meiner Funktion des Demokratiepaten habe ich beispielsweise freiwillige Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden, die stellvertretend für die Polizeiakademie Niedersachsen die Patenschaft für sechs Stolpersteine in der Innenstadt von Nienburg übernommen haben und sich somit am Erhalt des größten dezentralen Mahnmals der Welt beteiligen.

Zudem konnte ich eine Förderaktion zur Wiederherstellung einer beschädigten Stele für die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen aus der Polizei heraus initiieren.“

DAVID TABELING, Polizeidirektion Oldenburg:

„Demokratiepate zu sein, bedeutet für mich, die Möglichkeit zu haben, sich aktiv für die Stärkung der gesellschaftlichen Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen einzusetzen zu können. Und das ist für mich – gerade in der aktuellen

Zeit – eine Herzensangelegenheit.

Darum beteilige ich mich zum Beispiel an der Organisation der modularen Fortbildungsreihe „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“. Das Modellprojekt setzt auf regionaler Ebene an und bietet in mehreren Fortbildungsmodulen ein Forum zum tiefergehenden Austausch zwischen Polizei und Zivilgesellschaft, um so die gemeinsame Verantwortung für die Demokratie zu stärken.

*In der Polizeidirektion Oldenburg planen wir außerdem erneut die „Regionalkonferenz für Amts- und Mandatsträger*innen 2.0“, die unter dem Motto „Gemeinsam gegen Hass und Hetze – zur Stärkung der Demokratie“ von der Polizeidirektion Oldenburg für über 150 regionale Amts- und Mandatsträger*innen organisiert wird.*

Warum ich mich daran beteilige? Weil Demokratie ohne Beteiligung nicht funktioniert!“

4. KONZEPTIONELLE GRUNDLAGEN

4.1. Bedeutung von Geschichte

„Die Vergangenheit ist immer ein Ausgangspunkt für den Weg in die Zukunft. Unsere Polizei braucht keine Nachhilfe in Sachen Demokratie – ganz im Gegenteil. Aber: Die Geschichte lehrt uns wachsam zu sein. Wie gehen wir mit Angriffen auf unsere Demokratie um? Diese Frage beschäftigt auch die Polizei.“³⁹

» Die Geschichte lehrt uns wachsam zu sein. Wie gehen wir mit Angriffen auf unsere Demokratie um? Diese Frage beschäftigt auch die Polizei.

Ein solcher aus der Beschäftigung mit Geschichte abgeleiteter Blickwinkel zieht sich durch die gesamte Weiterbildung. Aus der Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die in der Zeit des Nationalsozialismus begangen wurden, bis hin zu dem industriellen Massenmord der Shoa, kann der Impuls des „Nie wieder!“ entstehen. Und ein Bewusstsein dafür, was eine Diktatur anrichten kann, wozu Menschen in einer Diktatur fähig sind. Dies gilt es in Gegenwart und Zukunft zu verhindern.

Auch aus der Beschäftigung mit dem Unrecht des SED-Staates – ohne dies mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen – erwächst ein Bewusstsein dafür, wogegen eine demokratische Gesellschaft zu arbeiten hat: Unterdrückung und Unfreiheit. Aus der Beschäftigung mit der Vergangenheit resultiert die Verantwortung, sich für eine Stärkung der Demokratie in Deutschland einzusetzen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit! Sie muss erkämpft, etabliert, gelebt, weiterentwickelt und auch verteidigt werden!

Es ist lohnenswert, sich den aktuellen Herausforderungen unter zwei Blickwinkeln zu stellen: „Auf der einen Seite hervorzuheben, was wir nicht haben wollen: Dazu gehört, sich mit Diktatur und politischem Extremismus auseinanderzusetzen. Auf der anderen

³⁹ Polizeiakademie Niedersachsen, Polizeischutz für Demokratie. Niedersächsischer Innenminister Boris Pistorius stellt Bildungsprojekt zur Stärkung der demokratischen Widerstandskraft vor, 13. Januar 2020, <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/104523/4490971>.

Seite deutlich zu machen, was wir haben und bewahren wollen: Demokratie. Es geht darum, positive Entwicklungen von Demokratie und Rechtsstaat sowie Leistungen Einzelner herauszustellen wie auch positive Beispiele zu geben, wie Menschen in einer Demokratie kommunizieren und agieren können.“⁴⁰

4.2. Demokratische Haltung

Das Strategieziel 2027 der Polizei Niedersachsen „Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Einstellungen“ beschreibt letztlich eine demokratische Haltung und einen umfassenderen Ansatz, als eine bloße reaktive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den eigenen Reihen. Es geht darum, dass die Polizeianwärterinnen und -anwärter ihr Bekenntnis auf die Verfassung während ihres gesamten Berufslebens bewusst vergegenwärtigen und leben. Reflektieren Demokratinnen und Demokraten das eigene Handeln und sind sie sich der eigenen Stärken und Schwächen bewusst, kann besser mit jenen umgegangen werden, die feindlich gegenüber den Werten der Verfassung eingestellt sind.



Reflektieren Demokratinnen und Demokraten das eigene Handeln und sind sie sich der eigenen Stärken und Schwächen bewusst, kann besser mit jenen umgegangen werden, die feindlich gegenüber den Werten der Verfassung eingestellt sind.

„Die Weimarer Republik ist letztlich nicht daran gescheitert, dass es zu früh zu viele Nazis gab, sondern dass zu lange zu wenige Demokraten vorhanden waren“⁴¹

Mit seiner Feststellung aus dem Jahr 1986 hat Richard von Weizsäcker nicht nur auf den entscheidenden Schwachpunkt der ersten deutschen Republik hingewiesen, sondern damit auch die Achillesferse eines jeden demokratischen Systems markiert:

⁴⁰ Michael Parak, Einführung. Demokratiegeschichte in bewegten Zeiten. in: Michael Parak / Ruth Wunnicke (Hrsg.), Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus, Berlin 2019, S. 6-16, hier S. 15.

⁴¹ Richard von Weizsäcker, Bewahrung der Solidarität – Zur Rolle der Gewerkschaften in Gesellschaft und Staat. Gewerkschaftliche Monatshefte 6 (1986), S. 323.

das freiheitliche und demokratische Selbstverständnis der Menschen, das sich als Mehrheitswillen deutlich zeigen muss.

Es ist die Aufgabe, Demokratie in ihren verschiedenen Facetten zu verstehen, zu erleben, eine Haltung zu gewinnen und danach zu handeln. Dabei spielen Fragen und Selbstreflexion eine wichtige Rolle – und schützen vor einer gewissen Borniertheit.⁴² **Verschiedene demokratiebejahende Einstellungen sollen sich zu einem größeren Ganzen, einem Bewusstsein für Demokratie, bündeln.** Dies kann dann als demokratische Haltung beschrieben werden. Eine solche ist mehr als eine Meinung, die man zu verschiedenen Themen haben kann: *„Eine Haltung liegt tiefer. Sie gründet die Persönlichkeit und ihre Sicht auf die Welt, sie spiegelt elementare Überzeugungen und verleiht Stabilität. Haltung zeigt sich vor allem dann, wenn sie sich bewähren muss, wenn sie auf Widerstand stößt. Das ist kräftezehrend, aber auch das heißt Haltung: durchhalten.“*⁴³

Wünschenswert ist, dass aus dieser Haltung konkretes Handeln erwächst. Bezogen auf die **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** bedeutet dies auch, genügend Anhaltspunkte sowohl für die selbstorganisierte Ausgestaltung der Rolle vor Ort zu haben, als auch eine allgemeine Strategiepatenidentität auszubilden, die für Nachfolgende stilbildend sein kann bzw. als Rollenmodell verwendbar ist. Dies ist von entscheidender Bedeutung, denn bislang liegen keinerlei Erfahrungswerte vor, sondern allenfalls eine gewisse Bandbreite von Möglichkeiten, wie **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** ihre Funktion ausfüllen können.

» Verschiedene demokratiebejahende Einstellungen sollen sich zu einem größeren Ganzen, einem Bewusstsein für Demokratie, bündeln.

⁴² Karin Matuschek / Sarah Morcos, Haltung und Handeln für demokratische Werte. Was Politik und Zivilgesellschaft tun können, MuP-Praxishilfe (2016), hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/mup/13662-20190225.pdf>, [Abruf 01.03.2022].

⁴³ Peter Lindner, Kommentar „Haltung, bitte!“, Süddeutsche Zeitung v. 24. Juli 2018, <https://www.sueddeutsche.de/politik/demokratie-kommentar-1.4067244> [Abruf 20.01.2020].

Oft bleibt die Beschreibung demokratischer Handlungskompetenz notgedrungen auf einem höheren Abstraktionsniveau. Der Journalist Jürgen Wiebecke hat aber eine anschauliche Form gefunden, die deutlich macht, dass Individuen auf der Ebene der Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform ganz konkret zu Handelnden werden können. Seine „Zehn Regeln für Demokratie-Retter“⁴⁴ beschreiben individuelle Möglichkeiten und Beiträge zur Stärkung der Demokratie in Deutschland:

1. Liebe deine Stadt
2. Mache dir die Welt zum Dorf
3. Bleibe gelassen im Umgang mit Demokratie-Verächtern
4. Fürchte dich nicht vor rechten Schein-Riesen
5. Verliere nicht den Kontakt zu Menschen, die nicht deiner Meinung sind
6. Packe Probleme nicht in Watte
7. Verabschiede dich von der Attitüde, eigentlich gegen diese Gesellschaft zu sein
8. Warte nicht auf den großen Wurf
9. Wehre dich, wenn von „den“ Politikern die Rede ist
10. Verbinde Gelassenheit mit Leidenschaft

Für die **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** könnte noch hinzugefügt werden: Such dir Verbündete. So ist wichtig, eine Gesprächskultur zu Demokratie bzw. konkreten demokratiefeindlichen Entscheidungen mit Kolleginnen und Kollegen zu entwickeln. Ebenso sollte darauf hingearbeitet werden, dass bei diesen Themen innerhalb der Organisation auf Missstände hingewiesen werden kann und der Rückhalt der Vorgesetzten vorhanden ist.

⁴⁴ Jürgen Wiebecke, Zehn Regeln für Demokratie-Retter, Köln 2017.

4.3. „Tür der Veränderung“ öffnen

Der Weiterbildung liegt der Ansatz der systemischen Pädagogik zugrunde. Zentrales Element dieses Konzepts ist es, auf der Beziehungsebene so viel Vertrauen und Zuversicht zu schaffen, dass sich die „Tür der Veränderung“ von innen öffnen kann.

Die Organisation Polizei ist ein System der besonderen Art, eine stabile Hierarchie mit klar definierten innerorganisatorischen Dienstwegen: *„Kommunikationswege in der ausdifferenzierten Hierarchie sind beschrieben und einzuhalten. Wer sich an die Geschäftsverteilung hält, kann sicher sein, korrekt zu handeln und sich für die richtige Alternative zu entscheiden. Abweichungen vom Dienstweg werden auf dem Dienstweg kritisch offengelegt.“*⁴⁵

» Die Kunst der Intervention besteht darin, jene Lücken oder „Druckstellen“ zu finden, durch die sich das System anregen lässt, sich zu verändern.

In der systemischen Beratung wird davon ausgegangen, dass Systeme ein eigenes Organisationsverständnis generieren. Demnach werden sie zu operativ geschlossenen Systemen, die sich selbst aus ihren eigenen Elementen reproduzieren. Damit entkoppeln sie sich in gewisser Weise von ihrer Umwelt. Sie folgen einer Binnenlogik und funktionieren so, dass Prozesse intern anschlussfähig sind und relativ immun gegen Anregungen von außen bleiben. Daher verwundert es nicht, dass direkte Beeinflussungsversuche oft an dieser Selbstorganisation der Systeme scheitern: *„Die Kunst der Intervention besteht darin, jene Lücken oder „Druckstellen“ zu finden, durch die sich das System anregen lässt, sich zu verändern.“*⁴⁶

Diese Herausforderung stellt sich in besonderer Weise in der Zusammenarbeit mit dem sozialen System Polizei. Wie können Veränderungsimpulse gesetzt werden, sodass sie von der Organisation und ihren Beteiligten angenommen werden können?

⁴⁵ Thomas Baadte, Systemisches Führen in der Polizei. Möglichkeiten und Grenzen systemischer Interventionen im Spannungsfeld zwischen Organisation und Führungskraft, Frankfurt am Main 2018, S. 44.

⁴⁶ Frank Boos / Barbara Heitger / Cornelia Hummer, Systemische Beratung im Vergleich. Anforderungen und Zukunft, in: Organisationsentwicklung 1 (2005), S. 4-15, hier S. 12.

Jochen Christe-Zeyse, der Vizepräsident der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Oranienburg, macht deutlich, dass innerhalb des Systems Polizei Ansatzpunkte für Veränderungsprozesse vorhanden sind. Diese müssten von außen allerdings auch wahrgenommen und als Potenziale betrachtet werden:

„Was ich bei den Aktivistinnen und Aktivisten im Kampf gegen Rassismus mitunter vermisste, ist die Differenzierung zwischen denjenigen in der Polizei, die Teil des Problems sind, und denjenigen, die Teil der Lösung sind oder sein könnten. Diejenigen, die Teil der Lösung sind oder Teil der Lösung sein könnten, die braucht man als Verbündete, wenn etwas besser werden soll. Doch dafür muss man miteinander reden. Und dazu gehört es auch, grundsätzlich die Möglichkeit zuzulassen, dass die andere Seite vielleicht gar nicht so ist, wie man bisher immer dachte.“

*Und wir sollten vor allem auch dafür sorgen, dass die Vernünftigen stark genug sind, ihre problematischen Kolleginnen und Kollegen zu bremsen, wenn die wieder dabei sind, diese Standards zu verletzen – sei es durch unprofessionelles Verhalten, durch rassistische Witze oder durch was auch immer. Letztendlich geht es immer darum, die Gemäßigten, die Vernünftigen, die Reflektierten nicht den Zynikern in die Arme zu treiben, die ihr negatives Menschenbild mit all dem Problematischen und Frustrierenden begründen, das man im Polizeialltag leider auch oft erlebt. Damit die Vernünftigen nicht den Zynikern in die Arme getrieben werden, sollten wir aber auch aufhören, jedes Mal, wenn dann doch etwas Inakzeptables passiert, mit dem Finger auf die ganze Organisation zu zeigen und so zu tun, als sei das doch wieder typisch für „die“ Polizei. Damit wird nichts besser.“*⁴⁷

⁴⁷ „Die Vernünftigen müssen gestärkt werden“, Interview mit Dr. Jochen Christe-Zeyse, Vizepräsident der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Oranienburg, in: Gegen Vergessen – Für Demokratie Nr. 110 (2021), S. 16-18, hier S. 18, https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_110-2021.pdf [Abzuf 01.03.2022].

Für die Prozesssteuerung eines Weiterbildungsangebots innerhalb der Polizei Niedersachsen bietet sich ein doppelter Ansatz an. Zum einen gilt es, einen Rahmen von Sicherheit, eine „sichere Basis“ zu schaffen. Dazu zählen u.a. Wertschätzung, Ressourcen- und Lösungsorientierung und Empathie. Zum anderen geht es um die „Erzeugung von Instabilität“: *„Es ist wesentlich, auf*



Es ist wesentlich, auf der Basis der stabilen Beziehung kritische Punkte anzuschneiden, mutig zu sein, durchaus auch provokante Fragen zu stellen und den Betroffenen zu helfen, sich mit Themen zu konfrontieren, die sie normalerweise vermeiden.

der Basis der stabilen Beziehung kritische Punkte anzuschneiden, mutig zu sein, durchaus auch provokante Fragen zu stellen und den Betroffenen zu helfen, sich mit Themen zu konfrontieren, die sie normalerweise vermeiden. Veränderungsrelevante Auseinandersetzungen sind mithin alles andere als ruhig und sachlich geführte Gespräche, denn es geht um affektiv hoch geladene Inhalte – umso wichtiger ist dabei das Bewusstsein, durch ein Fundament des sicheren Rahmens getragen zu werden [...] Durch Musterdurchbrechungen, durch kleine Experimente wird versucht, die gewohnte Beschreibung der Wirklichkeit durcheinander zu bringen, um die Chance für neue Erfahrungen zu öffnen.“⁴⁸

4.4. Geschützten Raum für Austausch anbieten

Die systemische Pädagogik begreift sich auch als Kontextsteuerung. Das heißt, im pädagogischen Prozess liegt der Fokus darauf, die Rahmenbedingungen vor Ort so zu gestalten, dass Selbstorganisationspotenziale angeregt werden.

Dabei geht es weniger darum, Regeln zu generieren, sondern vielmehr darum, einen Geist zu schaffen, der geeignet ist, Entfaltungsmöglichkeiten vor Ort zu entwickeln. Um eine entsprechende Atmosphäre zu erzeugen, in der Kooperation und konstruktive Auseinandersetzung möglich werden, braucht es

⁴⁸ Arist von Schlippe / Jochen Schweitzer, Systemische Interventionen, 4. Auflage, Göttingen 2019, S. 17–18.

dialogische Prozesse. Dies erfordert Kommunikations- und Konfliktlösungskompetenzen.

Eine wichtige Voraussetzung der Weiterbildung ist es, Räume anzubieten, *„in denen demokratische Aushandlungsprozesse und der Umgang mit Konflikten eingeübt und reflektiert werden kann. Neben der Kompetenz, die eigenen Interessen und Standpunkte wirkungsvoll zu vertreten, ist dabei auch die Bereitschaft zu fördern, andere Positionen einzubeziehen und gegebenenfalls Kompromisse zu schließen.“⁴⁹*

Der Begriff „Räume“ ist dabei sowohl auf die Prozesse als auch im physischen Sinn gemeint. Bewusst setzt die Weiterbildung auf einen Veranstaltungsort, der einen gewissen Rückzug vom Alltag ermöglicht. Die Übernachtung der Teilnehmenden während des Moduls sorgt dafür, dass Gespräche abends in einem anderen Rahmen fortgeführt und vertieft werden. Zugleich wird damit der Netzwerkcharakter der Weiterbildung verstärkt.

Zu den veränderbaren Rahmenbedingungen, die Austausch beeinflussen, zählt auch eine Reflexion der bestehenden Unterschiede in Dienstgraden und Hierarchien der Teilnehmenden. Die Weiterbildung bietet einen „geschützten Raum“, in dem die Teilnehmenden offen ihre beruflichen Erfahrungen, ihr Fachwissen und auch persönliche Einstellungen einbringen können. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Weiterbildung als gemeinsamen Raum der **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** zu kreieren, hinter dem Hierarchien zurücktreten. Dazu wird eine „Feedback-Kultur“ etabliert, die dafür sorgt, dass Anregungen und Kritik eingebracht werden können und auch Äußerun-



Die Weiterbildung bietet einen „geschützten Raum“, in dem die Teilnehmenden offen ihre beruflichen Erfahrungen, ihr Fachwissen und auch persönliche Einstellungen einbringen können.

⁴⁹ Politische Bildung im AdB für Vielfalt und gegen Ausgrenzung. Eine Standortbestimmung, in: Politische Bildung mit Haltung. Jahresbericht 2018. Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Berlin 2019, S. 85.

gen gehört werden, die nicht von allen Teilnehmenden geteilt werden.

Gelingt dies, haben die Teilnehmenden einen wichtigen Schritt zu ihrer späteren Tätigkeit getan. Denn als „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ werden sie nicht hierarchisch, mit klar beschriebenen Funktionen wirken, sondern kollegial. Die Basis interaktionalen Handelns in pädagogischen Prozessen, in die sie ja selber verwickelt sein werden, liegt darin, den Austausch vieler Perspektiven und die Erarbeitung einer geteilten Wahrnehmung zu organisieren. Denn nur, wenn es gelingt, dass die Wahrnehmungen und Sichtweisen aller Prozessbeteiligten als gleichberechtigt anerkannt werden, wird es möglich sein, Veränderungsprozesse in Gang zu setzen.

4.5. Struktureller Einbezug externer Expertise

Die Seminarleitung der Weiterbildung obliegt der Polizeiakademie Niedersachsen und dem zivilgesellschaftlichen Träger Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Diese gemeinsame Co-Leitung sorgt für Breite in den pädagogischen Ansätzen, den fachlichen und gesellschaftlichen Perspektiven. Im Sinne der systemischen Pädagogik gelingt es dadurch, sowohl Anschlussfähigkeit an das bestehende System als auch eine notwendige Irritation des Systems herzustellen.

Die Co-Seminarleitung durch die Polizeiakademie sorgt auf der einen Seite dafür, dass die Weiterbildung als integrales Angebot der Polizei Niedersachsen begriffen wird, sowohl bei den Teilnehmenden als auch in der gesamten Organisation. Das Personal der Polizeiakademie bringt vielfältige Erfahrungen aus dem eigenen Lehrbetrieb in die Fortbildung ein. Dazu zählt auch die Auf-

gabe, die Lehrinhalte stets auf ihren Nutzen und ihre Anwendbarkeit für die polizeiliche Praxis zu hinterfragen.

Zugleich sind Polizeibedienstete eben auch Teil des Apparats und der Hierarchien. Deshalb hat es die externe Co-Seminarleitung auf der anderen Seite leichter, mit manchem Erwartbaren und eingespielten Gepflogenheiten zu brechen. Sie kann z.B. spielerisch mit der unterschweligen Annahme aufräumen, dass eventuell vorhandene höhere Dienstgrade und Positionen mancher Teilnehmenden und Referierenden diesen eine übergeordnete Rolle in der Fortbildung zuweisen. Die gleichberechtigte Leitung durch einen zivilgesellschaftlichen Träger ermöglicht einen Perspektivwechsel und zuweilen auch eine produktive Irritation des Bestehenden, die Veränderungen auslösen kann.

Die gemeinsame Aufgabe und Herausforderung für die Seminarleitung ist es, Räume zu schaffen, in denen Veränderung entstehen kann. Dies geschieht auf der Basis der Bedürfnisse und der eigenen Expertise der Teilnehmenden. Die Seminarleitung muss dafür Sorge tragen, dass die Inhalte der Weiterbildung sowohl anschlussfähig an diese Gruppe sind, als auch, dass diese irritieren, um so Veränderungsprozesse in Gang zu setzen, die verinnerlicht werden können.

5. MITTLERZIELE UND HANDLUNGSZIELE DER WEITERBILDUNG

Das übergeordnete Leitziel der modularen Weiterbildung ist es, dass in allen größeren polizeilichen Organisationseinheiten (Polizeiinspektionen o.ä.) der Polizei Niedersachsen qualifizierte „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ tätig sind. Als Zielmarke werden dafür bis Ende 2022 rund 100 Polizistinnen und Polizisten weitergebildet.

Um dieses Leitziel zu erreichen, werden explizite Mittlerziele formuliert, die wiederum durch Handlungsziele konkretisiert werden.

Mittlerziele der modularen Weiterbildung „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ in der Polizei Niedersachsen

Mittlerziel 1: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ haben ihr demokratisches Selbstverständnis reflektiert und sind in ihrer demokratischen Haltung gestärkt

Mittlerziel 2: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ verfügen über relevantes Fachwissen

Mittlerziel 3: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind in der Lage, sich für eine demokratische Kultur innerhalb der Polizei einzusetzen und diese weiter zu fördern

Mittlerziel 4: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind offen für eine vertrauensstiftende Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Institutionen

Die Handlungs- und Mittlerziele wurden in einem gemeinsamen Prozess der Polizeiakademie Niedersachsen, von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Parts Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH, der Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte und dem Institut proVal, das mit der Evaluation der Weiterbildung beauftragt ist, erarbeitet. Diese konzeptionelle Ausarbeitung der Ziele ist erforderlich, um Erkenntnisse über die Wirkung der umgesetzten Maßnahmen zu erlangen.

5.1. Mittlerziel 1: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ haben ihr demokratisches Selbstverständnis reflektiert und sind in ihrer demokratischen Haltung gestärkt

Handlungsziel 1.1: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind sich ihrer Rolle als Multiplikatoren des demokratischen Rechtsstaats bewusst

Handlungsziel 1.2: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ haben ihr demokratisches Selbstverständnis gestärkt

Handlungsziel 1.3: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind sich ihrer Rolle als Multiplikatoren des demokratischen Rechtsstaats bewusst

Die Teilnehmenden bringen sich als Personen mit ihrem beruflichen Werdegang und ihren Wünschen und Erwartungen in einen offenen Austauschprozess ein. Dabei tragen sie Bedarfe und Herausforderungen für Demokratietarbeit in der Polizei Niedersachsen zusammen. Die persönliche Motivation ist der Ausgangspunkt für Überlegungen, wie Veränderungen in der Organisation reali-

sirt werden können. Dabei setzen sich die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ intensiv mit der Entstehung ihrer neuen Rolle auseinander. [Rollenklärung und Rollenbild sind ein wichtiger Faktor, um innerhalb der Polizei wirken zu können.](#)

» Rollenklärung und Rollenbild sind ein wichtiger Faktor, um innerhalb der Polizei wirken zu können.

Dies wird zusammengebracht mit den Ideen und Rahmenbedingungen, die seitens der Polizeiführung eingebracht werden. Es erscheint wenig sinnvoll, nach Patentrezepten für die Rollengestaltung zu suchen. Infolge der starken Heterogenität der Einsatzorte und Charaktere sowohl unter den künftigen „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ als auch im Kreis der Kolleginnen und Kollegen vor Ort, lohnt es eher, darauf hinzuwirken, ein Höchstmaß an Identifikation und Authentizität bei der Gestaltung der Rolle des „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ zu entwickeln. So lässt sich die Funktion nachhaltig aufbauen und etablieren.

[Dies bedeutet, dass die Inhalte in jedem Moment der Weiterbildung mit dem individuellen, persönlichen und beruflichen Hintergrund verknüpft bzw. auf ihren jeweiligen Wert vor diesem Hintergrund überprüft werden. Erst, wenn den Teilnehmenden deutlich geworden ist, inwiefern ihnen die vermittelten Inhalte vor Ort weiterhelfen können bzw. welche Potenziale darin liegen, wird es möglich sein, entsprechende Dynamiken und Engagement zu generieren.](#)

In der Weiterbildung wissen die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ die Möglichkeit zu schätzen, in einem Gruppenprozess Selbstverständlichkeiten des Polizeiberufs zu hinterfragen.

[Handlungsziel 1.2: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ haben ihr demokratisches Selbstverständnis gestärkt](#)

Das Thema Demokratie wird persönlich und praxisnah erschlossen. In einem Austauschprozess in der Gruppe wird gesammelt, was Demokratie für Einzelne und was Demokratie im beruflichen Kontext bedeutet. Über das Modell der Demokratie als eine Herrschaft-, Gesellschafts- und Lebensform wird ein Zusammenhang zwischen individueller demokratischer Haltung und der Institutionenaufgabe hergestellt, der haltungsverstärkend wirkt.

Die Geschichte der Polizei in Deutschland wird anhand eines Bezuges zur Weimarer Republik auch als Demokratiegeschichte thematisiert. Herausgearbeitet wird, dass sich in der ersten deutschen Demokratie ein neues polizeiliches Berufsbild entwickelte. Prägend waren u.a. die Bindung an den Rechtsstaat, die Einheitslaufbahn, Frauen im Polizeiberuf, Personalvertretungen – Merkmale, die bis heute wirken und wichtig sind. Damit wird deutlich, dass es Traditionslinien einer demokratischen Polizei gibt. Zugleich wird thematisiert, dass die Polizei in der Zeit des Nationalsozialismus Teil eines Unrechtsstaates war, in dessen Namen sich auch Polizisten mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben. So kann [eine demokratische Haltung sowohl über positive Anknüpfungspunkte in der Geschichte als auch über eine Gegenposition gefestigt werden, nämlich über das Bewusstsein, alles dafür tun zu müssen, dass ein Regime wie das des Nationalsozialismus nie wieder entstehen kann.](#)

Als Vergleichsfeld werden auch internationale Polizeieinsätze herangezogen. Kolleginnen und Kollegen berichten von ihren Erfahrungen im Auslandseinsatz. Dadurch wird ein Gegensatz

zur Situation in Deutschland deutlich: In (Krisen-)Ländern, in die Polizisten entsandt werden, haben Bürgerinnen und Bürger oftmals Angst vor der Polizei, eben weil keine Bindung an einen Rechtsstaat besteht.

Auf der faktischen Basis repräsentativer Umfragen vergewissern sich die Teilnehmenden, dass sich Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft beim Thema Demokratie eben nicht in zwei gleich große Blöcke, sondern zwischen einer Mehrheit und einer kleineren Minderheit vollzieht. Herausgearbeitet wird, dass es in der Bevölkerung weiterhin eine starke Zustimmung für die Demokratie als Staatsform gibt. Eine solche Zustimmung zur demokratischen Verfasstheit des Staates bedeutet aber nicht automatisch Zufriedenheit mit dem aktuellen Verfassungsalltag. Vielmehr zeigen sich in großen Teilen der Bevölkerung Misstrauen und Skepsis gegenüber politischen Verantwortungsträgern und bestimmten Abläufen von Politik.

Mit dem Blick auf diese Dimensionen wird deutlich, dass diejenigen, die sich in Deutschland für die Demokratie einsetzen, dies aus einer Position der Stärke tun können. Zugleich wird die



Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ nehmen das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Institution Polizei als Ansporn, die Institution in Richtung einer demokratischen Kultur weiterzuentwickeln.

Aufgabe markiert, dass Demokratie auch in der Lebenswelt erfahrbar sein muss. Hierzu werden Beispiele von demokratischen Handlungen gesammelt und diskutiert, die die Teilnehmenden beeindrucken.

Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ nehmen das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Institution Polizei als Ansporn, die Institution in Richtung einer demokratischen Kultur weiterzuentwickeln.

5.2. Mittlerziel 2: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ verfügen über relevantes Fachwissen

Eine viermodulige Weiterbildung kann es nicht leisten, die Teilnehmenden zu Experten aller Themen im Feld Demokratiestärkung und demokratiefeindlicher Phänomene zu qualifizieren. Dies ist auch gar nicht nötig, denn die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ werden in den seltensten Fällen als Fachreferentinnen und Fachreferenten bei Spezialthemen auftreten. In der Weiterbildung sollen gemeinsam Wissen und Methoden erarbeitet werden, die ein Fundament für die weitere Arbeit zur Stärkung der Demokratie bilden. Auf dieser Grundlage können sie dann in ihrer Tätigkeit als „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“, dort, wo es geboten ist, Fachexpertise innerhalb und außerhalb der Polizei heranziehen. Relevantes Fachwissen in diesem Sinne bedeutet in der Weiterbildung daher nicht, jedes Thema und jeden Aspekt einer ausdifferenzierten Fachdebatte aufzugreifen, sondern eine Fokussierung auf drei nachfolgende Handlungsziele:

Handlungsziel 2.1: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ kennen demokratiegefährdende Phänomene und sind in der Lage, damit umzugehen

Handlungsziel 2.2: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ kennen Elemente konstruktiver Kommunikation in der Demokratie und wenden diese an

Handlungsziel 2.3: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ kennen verschiedene Präventionsansätze sowie Risiko- und Schutzfaktoren in Bezug auf Radikalisierungsdynamiken

Handlungsziel 2.1: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ kennen demokratiegefährdende Phänomene und sind in der Lage, damit umzugehen

Das zu vermittelnde Fachwissen der Weiterbildung konzentriert sich auf Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Die Phänomene Linksextremismus und Islamismus werden nicht eingehend inhaltlich behandelt, sondern Informationen vermittelt, wo und wie die Teilnehmenden ihr Fachwissen vertiefen können. Eingebettet wird dies in Hinweise auf die unterschiedliche Haltung, die extreme Rechte und Linke in Geschichte und Gegenwart gegenüber der Polizei eingenommen haben. Da linksextreme und islamistische Unterwanderungsstrategien (gegenwärtig) kaum eine Bedrohungslage darstellen, sind diese Phänomene im Sinne des Selbstschutzes der Polizei aktuell von geringer Relevanz. Wohl aber sollten „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ informiert sein, wo sie ihr Fachwissen erweitern und aktualisieren können, auch weil zur Polizeipraxis der Umgang mit Demonstrationen oder Konfrontationsgewalt gehört.

Da im öffentlichen Sprachgebrauch die Begriffe Populismus, Radikalismus und Extremismus oft nicht trennscharf verwendet werden, ist eine Klärung der Definitionen hilfreich. Dies hat auch eine Bedeutung für das spätere polizeiliche Handeln. Denn dadurch wird deutlich, dass rechtsextremistische Einstellungen und Haltungen innerhalb der Polizei rechtliche Sanktionen nach sich ziehen. Zugleich wird in der Weiterbildung verdeutlicht, dass Rechtspopulismus demokratiegefährdend, aber in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht verboten ist. Da der polizeiliche Auftrag in der Demokratie und rechtspopulisti-

sche Positionen nicht zusammenpassen, müssen in der Polizei zusätzliche Mittel der Auseinandersetzung gefunden werden, die über Strafrecht sowie Disziplinar- und Dienstrecht hinausgehen.

Als Kernelemente von Rechtsextremismus werden Feindbilder sowie Identität/Rassismus vorgestellt. Die äußere Zuordnung von politischen Gruppen ist für Polizistinnen und Polizisten durch die Ausdifferenzierung einer „rechtsextremen Erlebniswelt“ schwieriger geworden, daher werden ausführlich Beispiele eines „modernen“ Rechtsextremismus behandelt, wie Kleidung, Symbole, Musik, um sich von alten Klischees über Rechtsextremismus zu lösen. Zudem wird auch darauf eingegangen, dass Rechtsextremismus als soziale Bewegung begriffen werden kann. Hier gibt es – ähnlich wie bei einer Zwiebel – einen inneren Kern, um den sich weitere Kreise fügen. Dies hat auch Relevanz für das polizeiliche Handeln nach innen und nach außen. Denn je nachdem, wo sich das Gegenüber in einer demokratiegefährdenden Bewegung befindet, bieten sich andere Reaktionen an. Es kann ziel- und damit wirkungsmächtiger gehandelt werden, wenn klar ist, ob der Kontakt ein rechtsextremer Funktionär ist, oder jemand, der lose mit rechtspopulistischen Ideen sympathisiert. Um Reaktionsmöglichkeiten zu entwickeln, die sich wirklich auf das Gegenüber beziehen, wird auch Hintergrundwissen zu Radikalisierungsprozessen geliefert.



Je nachdem, wo sich das Gegenüber in einer demokratiegefährdenden Bewegung befindet, bieten sich andere Reaktionen an.

Über die Organisation jugendschutz.net lernen die Teilnehmenden Expertinnen und Experten kennen, die sich mit Hass, Hetze und extremistischer Propaganda im Internet beschäftigen. Dabei geht es vor allem darum, wie extremistische Inhalte, die unterhalb der Strafschwelle liegen, über ein Meldeverfahren und in Zusammenarbeit mit Plattformbetreibern aus dem Netz gelöscht

werden können. Auch hier wird deutlich, dass das Strafrecht sowie Disziplinar- und Dienstrecht nur eine von verschiedenen Reaktionsmöglichkeiten darstellt, und zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus noch viele weitere Instrumente nötig sind. Darauf wird auch am Beispiel rassistischer Äußerungen in Chatgruppen von Polizistinnen und Polizisten eingegangen.

Zu dem grundlegenden Rüstzeug der Teilnehmenden zählt zudem das Kennenlernen des Konzepts der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Dadurch wird den „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ deutlich, dass verschiedene demokratiegefährdende Phänomene Gemeinsamkeiten aufweisen: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Abwertung von Sinti und Roma, Abwertung asylsuchender Menschen, Sexismus, Abwertung homosexueller Menschen, Abwertung von Trans* Menschen, Abwertung wohnungsloser Menschen, Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen, Abwertung von Menschen mit Behinderung, Etabliertenvorrechte.⁵⁰ Zugrunde liegt eine Ideologie der Ungleichwertigkeit; die Gleichwertigkeit und Unversehrtheit von spezifischen Gruppen der Gesellschaft wird infrage gestellt. Über Meinungsumfragen wird gezeigt, dass solche Einstellungen in großen Bevölkerungskreisen verbreitet sind. Dies kann bei den Teilnehmenden zur Selbstreflexion anregen und als Ansporn dienen, sich dafür einzusetzen, dass Wege gefunden werden, demokratiegefährdenden Einstellungen entgegenzutreten.

Für die polizeiliche Praxis ist es wichtig zu reflektieren, ob und wo Abwertungen von Menschen auch das eigene Handeln beeinflussen. Auf der Grundlage dieses relevanten Fachwissens setzen sich die Teilnehmenden mit Abwehrmechanismen auseinander.

⁵⁰ Vgl. Andreas Zick u.a., Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19, in: Andreas Zick / Beate Küpper / Wilhelm Berghan (Hrsg.), Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn 2019, S. 53–116, hier S. 58.

Zudem werden vorhandene polizeiliche Konzepte vorgestellt, die eben diese Themen aufgreifen.

Handlungsziel 2.2: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ kennen Elemente konstruktiver Kommunikation in der Demokratie und wenden diese an

Die Fähigkeit, Konflikte zu lösen, ist wichtig für alle Polizistinnen und Polizisten. Daran anknüpfend, versucht die Weiterbildung bei den „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ die Kompetenz zu stärken, in kontroversen bzw. konflikthaften Situationen konstruktiv agieren zu können. Dazu gehört zum einen, sich der eigenen inneren Haltung bewusst zu sein und diese klar mitteilen zu können. Dies beinhaltet auch, eindeutige Grenzen zu setzen. Zum anderen sollte aber auch ein Angebot unterbreitet werden können, das Gespräch weiterzuführen. Dafür ist es erforderlich, Interesse an Motivation und Hintergrund der Äußerungen des Gegenübers zu signalisieren. Denn es ist möglich, das Gegenüber dort „abzuholen“, wo es steht – immer ausgehend von der selbst gesetzten Grenze, also der eigenen inneren Haltung zum Gesagten.



Daran anknüpfend [...] versucht die Weiterbildung die Kompetenz zu stärken, in kontroversen bzw. konflikthaften Situationen konstruktiv agieren zu können.

Die Teilnehmenden beschäftigen sich in der Weiterbildung praxisnah mit Elementen verbindender Kommunikation, u.a. einer empathischen Haltung, der Wahrnehmung von Bedürfnissen des Gegenübers sowie der Kommunikation mit Ich-Botschaften. Sie lernen die vier „apokalyptischen Reiter“ der Kommunikation: Kritik, Abwehr, Verachtung und Rückzug zu erkennen und zu vermeiden.

Damit soll den „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ Handwerkszeug vermittelt werden, das ihnen in der

Ausübung ihrer Funktion vor Ort hilft. Denn hier geht es nicht darum, zu maßregeln oder zu sanktionieren. Vielmehr soll dafür sensibilisiert werden, Perspektivwechsel zu initiieren und die Kommunikationskultur im Allgemeinen sowie im Speziellen, bezogen auf menschen- und demokratiefeindliche Äußerungen oder Einstellungspotenziale, zu schärfen bzw. zu verändern.

Die thematisierten Elemente konstruktiver, verbindender Kommunikation helfen den „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ mit Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen und dadurch Veränderungsprozesse in Gang zu setzen. Wissen über Kommunikationstheorie und das Kennenlernen verschiedener Kommunikationstechniken sorgen dafür, dass sie vielfältigere Handlungsoptionen haben, insbesondere auch bei kontroversen bzw. konflikthaften Fragen. So können und sollen „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ mit mehr Sicherheit in die Aushandlungsprozesse in ihrem Wirkungsbereich gehen.

Handlungsziel 2.3: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ kennen verschiedene Präventionsansätze sowie Risiko- und Schutzfaktoren in Bezug auf Radikalisierungsdynamiken

Die Teilnehmenden reflektieren in den Themenfeldern Identität, Vorurteile und Anerkennung, welche Muster bisherigem polizeilichen Handeln innewohnen. Dazu entwickeln sie Ideen für geeignete Präventionsmaßnahmen, die innerhalb der Polizei wirksam werden können.

Als Expertinnen und Experten in eigener Sache tragen die Teilnehmenden Maßnahmen zusammen, die zum Abbau von Vorurteilen und zur Begegnung mit Akteuren beitragen können, zu

denen bisher wenige Berührungspunkte bestanden. In diesem Zusammenhang wird als Schutzfaktor auch thematisiert, dass sinnstiftende Arbeit die Resilienz gegenüber demokratiefeindlichen Verlockungen erhöht, fehlende Anerkennung hingegen schwächend wirkt.

5.3. Mittlerziel 3: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind in der Lage, sich für eine demokratische Kultur innerhalb der Polizei einzusetzen und diese weiter zu fördern

Handlungsziel 3.1: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ bilden ein landesweites Netzwerk zum Austausch

Handlungsziel 3.2: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind in der Lage, Maßnahmen und Projekte zur Stärkung der demokratischen Kultur innerhalb der Polizei zu entwickeln und umzusetzen

Handlungsziel 3.1: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ bilden ein landesweites Netzwerk zum Austausch

Schon die Möglichkeit, eine neue, besondere Aufgabe innerhalb der Polizei wahrzunehmen und mehrere Weiterbildungstage außerhalb des Dienstalltags mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Niedersachsen zu gestalten, sorgt dafür, dass ein informelles Netzwerk der Teilnehmenden entsteht. Hier findet Informationsaustausch wie auch Reflexion der neuen Rolle statt.

Das Ziel ist, über diesen informellen, z.T. beliebigen Status hinauszugehen. Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für

Demokratie“ verständigen sich darüber, welche Vorteile, Erfolgsfaktoren und Erfordernisse Netzwerke haben. Daraus leiten sich Ideen ab, wie ein Netzwerk auf Landesebene initiiert werden kann und was dafür auf der Organisationsseite der Polizei vonnöten ist.

Handlungsziel 3.2: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind in der Lage, Maßnahmen und Projekte zur Stärkung der demokratischen Kultur innerhalb der Polizei zu entwickeln und umzusetzen

In der Weiterbildung vertiefen die Teilnehmenden ihre Kenntnisse des Projektmanagements. Dafür werden sie u.a. mit den Beccaria-Standards zur Qualitätssicherung kriminalpräventiver Projekte vertraut gemacht.⁵¹ Diese vom Landespräventionsrat Niedersachsen entwickelten Standards helfen bei der Planung, Durchführung und Überprüfung von Projekten.

Die Projektarbeit wird in Bezug zur Organisationsentwicklung der Polizei gesetzt. Die **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** lernen eine Organisation als geschlossenes System kennen, dem eigene Funktionsweisen innewohnen. Dieses Kenntnis führt dazu, dass sie sich Hindernissen und Stolpersteinen bei Veränderungsprozessen innerhalb ihrer eigenen Organisation bewusster sind. Zugleich entwickeln sie Ansatzpunkte, wie Veränderungen angestoßen werden können. Dabei reflektieren sie auch die besondere Rolle der **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“**, die sich in einer Art Zwischenposition ohne formale Entscheidungsbefugnisse und Wirkungsmöglichkeiten befinden und dennoch durch eigenes Engagement und Vorbild wirken können.

⁵¹ Vgl. Beccaria-Programm. Qualität durch Kompetenz. Ein Programm des Landespräventionsrats Niedersachsen / Niedersächsisches Justizministerium, https://www.beccaria.de/nano.cms/de/Beccaria_Standards1/ [Abruf 01.03.2022].

Die Weiterbildung vermittelt Wissen dazu, wo sich die **„Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“** über Referenzprojekte informieren können. Zugleich entwickeln sie realisierbare Ideen für Projekte innerhalb der Polizei.

5.4. Mittlerziel 4: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind offen für eine vertrauensstiftende Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Institutionen.

Durch die Formulierung eines eigenen Mittlerziels zur Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Institutionen wird deutlich, dass die Kooperation der Polizei mit der Zivilgesellschaft keine einmalige Angelegenheit ist, sondern eine kontinuierliche Aufgabe zur Weiterentwicklung.



die Kooperation mit der Zivilgesellschaft ist keine einmalige Angelegenheit.

Handlungsziel 4.1: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ kennen zivilgesellschaftliche Akteure im Themenfeld Demokratiewerk

Handlungsziel 4.2: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind bereit, sich auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren einzulassen

Handlungsziel 4.3: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind in der Lage, in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Projekte zur Demokratiewerk zu initiieren

Handlungsziel 4.4: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ haben konkrete Ideen, wie sie Projekte zur Demokratiewerk in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren realisieren

Handlungsziel 4.1: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ kennen zivilgesellschaftliche Akteure im Themenfeld Demokratiewerbeit

Die Teilnehmenden erhalten Einblicke in das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das niedersächsische Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte. Dadurch lernen sie relevante zivilgesellschaftliche Akteure und Möglichkeiten der Zusammenarbeit kennen.

Angeregt wird u.a. die Zusammenarbeit mit den „Partnerschaften für Demokratie“, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in mehr als 300 Kommunen und Landkreisen in Deutschland gefördert werden.⁵² Die „Partnerschaften“ sind

Zusammenschlüsse, in denen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft zusammenkommen – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten. **Dort, wo es Netzwerke gibt, die sich Fragen zu Demokratieentwicklung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellen, sollte auch die Polizei mit am Tisch sitzen.**

Die Teilnehmenden machen sich bewusst, dass Veränderungsprozesse dann am besten angestoßen werden können, wenn alle relevanten Akteure, wie z.B. auf der kommunalen Ebene Ressorts der Verwaltung, andere staatliche Institutionen sowie Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Zivilgesellschaft, gemeinsam in den Austausch gehen.

⁵² Vgl. Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, <https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie> [Abruf 01.03.2022].

»
Dort, wo es Netzwerke gibt, die sich Fragen zu Demokratieentwicklung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellen, sollte auch die Polizei mit am Tisch sitzen.

Handlungsziel 4.2: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind bereit, sich auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren einzulassen

Von unterschiedlichen in einer „Partnerschaft für Demokratie“ engagierten Menschen erhalten die Teilnehmenden Einblicke, wie sich die konkrete Zusammenarbeit mit der Polizei auf der lokalen Ebene bislang gestaltet. Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ beschäftigen sich damit, dass Menschen aus der sozialen Arbeit, aus dem Schulbetrieb, aus ehrenamtlichen Vereinen oftmals eine „andere Sprache“ sprechen als diejenigen aus Verwaltung und Polizei, dass es darüber hinaus auch Finanzierungssorgen und -nöte sowie unterschiedliche politische Prägungen und Arten zu handeln gibt. Trotz aller bestehenden Unterschiede wird als Mehrwert herausgearbeitet, dass es ein gemeinsames Ziel der Demokratiestärkung gibt.

Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ machen es sich zur Aufgabe, mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gemeinsame Ziele zu identifizieren, sind sich aber auch bewusst, dass zur Erreichung oftmals unterschiedliche Wege gewählt werden (müssen). So können Kooperationen und Vernetzungen zwischen Personen entstehen, die sich vorher maximal vom Namen kannten.

Handlungsziel 4.3: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ sind in der Lage, in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Projekte zur Demokratiewerbeit zu initiieren

Das Wissen darum, welche zivilgesellschaftlichen Akteure es gibt, und darum, wie diese arbeiten, welche Besonderheiten ihrer Arbeit innewohnen, soll dazu führen, dass die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ konkrete Koope-

rationen initiieren.

Handlungsziel 4.4: Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ haben konkrete Ideen, wie sie Projekte zur Demokratietarbeit in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren realisieren

Alle Ideen für geplante Präventionsmaßnahmen werden darauf geprüft, ob eine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zielführend ist. Die erarbeitete Ideensammlung bietet eine ausführliche aber natürlich nicht abgeschlossene Beispielsammlung, wie die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ durch konkrete Präventionsmaßnahmen Veränderungsprozesse im polizeilichen Handeln anstoßen können.

6. ORGANISATION DER WEITERBILDUNG

6.1. Teilnehmende

Zielgruppe der Weiterbildung sind Polizeiangehörige der ersten und mittleren Führungsebene, die im Kreise ihrer Kolleginnen und Kollegen über ein hohes Maß an Akzeptanz verfügen, sowie Personalvertreterinnen und Personalvertreter, denen per se aufgrund ihrer demokratischen Legitimation Akzeptanz zukommt. Es ist beabsichtigt, dass für jede größere polizeiliche Organisationseinheit (Polizeiinspektionen o.ä.) zwei „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ qualifiziert werden. In einem ersten Schritt umfasst dies für die Polizei Niedersachsen einen Kreis von rund 100 Personen.

In idealiter bilden die beiden Personen in ihrer Organisationseinheit ein Tandem, das Erfahrungen aus unterschiedlichen Hierarchie- und Tätigkeitsbereichen einbringt. Entscheidendes Merkmal der Weiterbildung ist aber die Freiwilligkeit; so sind Engagement und Bereitschaft letztlich wichtiger als Funktion und Amt.

Die Tätigkeit der „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ wird von diesen im Nebenamt wahrgenommen.

6.2. Aufbau und zeitlicher Umfang

Die Weiterbildung ist modular aufgebaut. Sie umfasst

A) Präsenzveranstaltungen

Modul 1: Demokratisches Selbstverständnis (2 Tage mit 17 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten)

Modul 2: Demokratiegefährdende Phänomene (2 Tage mit 17 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten)

Modul 3: Polizeiliche Handlungsmöglichkeiten (2 Tage mit 17 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten)

Modul 4: Netzwerkarbeit und Projektorganisation (2 Tage mit 17 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten)

Insgesamt umfassen die Präsenzveranstaltungen in den Modulen 68 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten. Die Teilnahme erfolgt im Rahmen der Arbeitszeit. Während der Module ist eine Übernachtung der Teilnehmenden am Tagungsort vorgesehen, sodass der Abend zusätzliche Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch bietet.

B) selbstorganisiertes Lernen und Erproben

Modul 1: Demokratisches Selbstverständnis (1 Tag mit 8 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten)

Modul 2: Demokratiegefährdende Phänomene (1 Tag mit 8 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten)

Modul 3: Polizeiliche Handlungsmöglichkeiten (1 Tag mit 8 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten)

Modul 4: Netzwerkarbeit und Projektorganisation (1 Tag mit 8 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten)

Insgesamt umfasst das selbstorganisierte Lernen und Erproben 32 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten.

Der zeitliche Umfang der modularen Weiterbildung „**Strategiepatinnen und Strategiepaten in der Polizei Niedersachsen**“ beträgt 100 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten.

6.3. Beauftragung externer Partner

Die Weiterentwicklung einer staatlichen Großorganisation gehört zu deren originären Aufgaben. Daraus leitet sich auch ab, dass die Polizei Leistungen eines zivilgesellschaftlichen Trägers, die zur Umsetzung erforderlich sind, „einkauft“ und entsprechend honoriert.

Eine staatliche Kernaufgabe obliegt dem Staat. Es wäre kaum verständlich, wenn ein zivilgesellschaftlicher Träger solche Leistungen aus eigenen Mitgliedsbeiträgen und Spenden erbringen und damit gleichsam das Land Niedersachsen respektive die Bundesrepublik Deutschland subventionieren würde.

Die modulare Weiterbildung wird in gleichberechtigter Kooperation mit einem zivilgesellschaftlichen Träger durchgeführt. Dazu sind folgende Beauftragungen möglich:

- a) Konzeptentwicklung und -anpassung
- b) Seminarleitung bzw. Seminarumsetzung
- c) Projektsteuerung und strategische Kommunikation

Im Falle der modularen Weiterbildung „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ hat sich die Polizei Niedersachsen entschieden, die Beauftragung der Seminarleitung zugleich mit der Seminarumsetzung zu verbinden. D.h. der zivilgesellschaftliche Träger übernimmt auch die Ansprachen und die Bezahlung externer Referentinnen und Referenten.

Aus dem Budget der Polizeiakademie Niedersachsen werden darüber hinaus Kosten für Übernachtung und Verpflegung der Teilnehmenden bestritten.

Da die erstmalige Konzeption der Entwicklung der modularen Weiterbildung ein Vorhaben mit modellhaftem Charakter ist, ist der Landespräventionsrat Niedersachsen ein weiterer Projektpartner. Das niedersächsische Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte „*fördert und stärkt freiheitlich-demokratische und menschenrechtsorientierte Einstellungen und Verhaltensweisen und wirkt politisch motiviertem Extremismus präventiv entgegen.*“⁵³



Staatliche Institutionen und Institutionen mit staatlichem Auftrag treten aktiv für Demokratie und Menschenrechte ein und orientieren hieran ihr Handeln und die Kultur ihrer Organisationen.

Dazu wird ein eigenes Mittlerziel (MZ 4) gesetzt: „*Staatliche Institutionen und Institutionen mit staatlichem Auftrag treten aktiv für Demokratie und Menschenrechte ein und orientieren hieran ihr Handeln und die Kultur ihrer Organisationen.*“ Zu Erreichung dieses Mittlerziels sollen verschiedene Handlungsziele beitragen, darunter auch (HZ 4.1.): „*Staatliche Institutionen und Institutionen mit staatlichem Auftrag sind offen für die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Institutionen und beteiligen sie an geeigneten Entscheidungsprozessen sowie Projekten und Maßnahmen.*“⁵⁴

Diese Zielsetzung trifft sich mit dem Ansatz der Polizei Niedersachsen. Für die Beauftragungen a) Konzeptentwicklung und -anpassung sowie c) Projektsteuerung und strategische Kommunikation erfolgt deshalb eine (Teil-)Finanzierung aus Mitteln des Landesprogramms.

Für die Konzeption und die Durchführung der modularen Weiterbildung „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ in der Polizei Niedersachsen kann festgestellt werden, dass sich dieses Modell der Kooperation sehr bewährt hat.

⁵³ Niedersächsisches Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte (Stand 05.09.2018).

⁵⁴ Zielkatalog des Niedersächsischen Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte (Stand 19. Mai 2020), <https://lpr.niedersachsen.de/nano.cms/koordinierungsstelle-landesprogramm-fuer-demokratie-und-menschenrechte> [Abzuf 07.01.2021].

7. TRANSFERMÖGLICHKEITEN

7.1. Weiterentwicklung der Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Akteure zur Stärkung der Demokratie in Deutschland

Die modulare Weiterbildung ist ein Modellprojekt, das nicht nur konzeptionell, sondern auch in der praktischen Durchführung verdeutlicht, dass eine Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Akteure gelingen kann.

Kernpunkte sind das gleichberechtigte Zusammenwirken der staatlichen Großorganisation Polizei mit dem zivilgesellschaftlichen Träger Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sowohl in der Konzeption und Entwicklung als auch in der Umsetzung und Kommunikation der Weiterbildung.

Die Stärkung des demokratischen Selbstverständnisses und Bewahrung der Widerstandskraft gegen demokratiefeindliche Erscheinungen ist eine Aufgabe, die sich nicht nur für die Institution Polizei stellt. Im öffentlichen Dienst in Deutschland gab es im Jahr 2020 rund 3,3 Millionen Vollzeit- und 1,7 Millionen Teilzeitbeschäftigte.⁵⁵ Hier ergibt sich ein großes und sehr wichtiges Feld für staatliches Handeln. Dies wird auch im Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus bekräftigt. Als Maßnahme Nr. 25 ist die folgende Aufgabe festgelegt: „*Verstärkte Sensibilisierung für Rassismus, Antisemitismus und andere Ausgrenzungsformen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung im öffentlichen Dienst.*“⁵⁶ Neben der Polizei und Schulen, gibt es bislang auch Ansätze im Bereich der Justiz. Dies mahnt der Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses auch als Maßnahme Nr. 35 („Bundesregierung setzt sich für Weiterbildungen im Bereich



Die modulare Weiterbildung ist ein Modellprojekt, das nicht nur konzeptionell, sondern auch in der praktischen Durchführung verdeutlicht, dass eine Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Akteure gelingen kann.

⁵⁵ Personal im öffentlichen Dienst in Deutschland bis 2020. Veröffentlicht von J. Rudnicka, 20.09.2021, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12910/umfrage/entwicklung-des-personalbestandes-im-oeffentlichen-dienst-in-deutschland/> [Abzuf 07.01.2022].

⁵⁶ Maßnahmenkatalog Bundesregierung vom 25. November 2020, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f-09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1> [Abzuf 07.01.2022].

Rechtsextremismus/Rassismus/Antisemitismus in der Justiz ein“) an. In diesem Bereich gibt es auch Modellprojekte.⁵⁷

Das Transferpotenzial der modularen Weiterbildung „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie in der Polizei Niedersachsen**“ besteht darin, dass unterschiedliche staatliche Institutionen in gleichberechtigter Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Trägern darauf hinwirken, in ihrem Zuständigkeitsbereich das Thema Demokratiestärkung strukturell zu verankern – auf der Makroebene, aber auch auf der Ebene von Untereinheiten. Mit dieser Vorgehensweise können weitergehende Prozesse angestoßen werden.

Ebensolche Veränderungsprozesse werden sich aus der Zusammenarbeit auch bei zivilgesellschaftlichen Organisationen einstellen. Das niedersächsische Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte formuliert ein weiteres Handlungsziel (HZ 10.1): „*Zivilgesellschaftliche Institutionen sind in die Netzwerkstrukturen auf Landes-, regionaler und kommunaler Ebene eingebunden und sind offen für die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen.*“

Das Erarbeiten und Ringen um das gemeinsame Ziel der Demokratiestärkung von staatlichen Institutionen mit Zivilgesellschaft birgt das Potenzial in sich, das demokratische Selbstverständnis gesamtgesellschaftlich zu stärken und die Widerstandskraft gegen demokratiefeindliche Phänomene zu bewahren.

⁵⁷ <https://www.stiftung-mercator.de/de/pressemitteilungen/justiz-nrw-startet-projekt-zur-foerderung-interkultureller-kompetenzen/> [Abzuf 01.03.2022].

7.2. Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und nichtstaatlicher Akteure zur Stärkung der Demokratie in Deutschland

Der Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus erwähnt explizit für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat die „Institutionalisierung bzw. Stärkung des fachlichen Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden“ (Maßnahme Nr. 16) sowie unter dem Aspekt Stärkung der politischen Bildung den „Ausbau der Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ (Maßnahme Nr. 23). Zudem wird die Institutionalisierung bzw. Stärkung des fachlichen Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Maßnahme genannt. Gefordert wird ein „neues Programm „Zivilgesellschaft und Polizei“: Förderung neuer Modelle der Kooperation und Dialogformaten (unter Beteiligung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat)“ (Maßnahme Nr. 50).⁵⁸ Damit wird von der Bundesregierung deutlich ein Auftrag formuliert.

Die modulare Weiterbildung „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ in der Polizei Niedersachsen geht die Zusammenarbeit von Polizei und Zivilgesellschaft genau in diesem Sinne an, wie auch vom NSU-Untersuchungsausschuss vorgeschlagen; es geht um Reflexion der eigenen Arbeit, Expertenwissen und Perspektiverweiterung. Die Strukturüberlegungen der Polizei Niedersachsen, das vorhandene Konzept und die bei der Durchführung gemachten Erfahrungen stehen für einen Trans-



es geht um Reflexion der eigenen Arbeit, Expertenwissen und Perspektiverweiterung.

⁵⁸ Maßnahmenkatalog Bundesregierung vom 25. November 2020, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f-09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1> [Abzuf 07.01.2022].

fer auf der Ebene anderer Landespolizeien sowie der Bundespolizei zur Verfügung. Dabei muss aber auch deutlich gemacht werden, dass bislang erst ein erster Schritt zum Strukturaufbau getan wurde.

Als Weiterentwicklungsperspektiven bieten sich u.a. an:

- a) Etablierung von „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ in anderen Landespolizeien oder der Bundespolizei

Hierfür könnten die Expertise, die die Polizeiakademie Niedersachsen und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in der gemeinsamen Konzeption und Umsetzung gewonnen haben, transferiert werden.

- b) Weiterentwicklung des Netzwerks der „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ im Land Niedersachsen

Durch die Weiterbildung gibt es in Kürze im Land Niedersachsen in jeder größeren polizeilichen Organisationseinheit zwei „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“, die sich auf dieser Ebene in den Umsetzungsprozess des strategischen Ziels der Polizei einbringen können und dürfen. Durch das Wissen um die gleiche Weiterbildung und durch die gemeinsam in der Weiterbildung gemachten Erfahrungen bilden diese rund 100 Polizeiangehörigen bereits ein Netzwerk. Dies erfolgt aber auf persönlicher, informeller oder regionaler Ebene. Eine weitere Aufgabe wäre es, aus diesem Kreis ein wirkliches Landesnetzwerk zu etablieren, wozu u.a. organisierter Austausch, strukturelle Zusammenarbeit und Weiterqualifizierung dieses Personenkreises gehören könnten.

- c) Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zivilgesellschaft am Beispiel der „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ und der „Partnerschaften für Demokratie“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Sowohl das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als auch die niedersächsische Polizei betreiben einen ähnlichen Ansatz: die strukturelle Verankerung von kompetenten Ansprechpersonen zu Fragen der Demokratiestärkung auf regionaler Ebene. Damit liegen die besten Voraussetzungen dafür vor, dass die Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auf der Ebene von Städten und Landkreisen vorangebracht werden kann. Da Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. an der Weiterbildung beider Struktureinheiten beteiligt ist, gibt es hier auch große Synergienmöglichkeiten.

- d) Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Polizei, Forschung und Zivilgesellschaft

Vom 9. bis 10. September 2021 fand in Hannover der Kongress „Netzwerk Demokratische Polizei“ statt. Auf Einladung der Konferenz der Hochschulen und Fachbereiche der Polizei (HPK) und der Polizeiakademie Niedersachsen bot der Kongress – wenn gleich unter Pandemiebedingungen – ein Beispiel dafür, wie ein Austausch zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Zielsetzungen organisiert werden kann, sodass Argumente und Kritik ausgetauscht werden können.⁵⁹

⁵⁹ Polizeiakademie Niedersachsen (Hrsg.), Forschung, Bildung, Praxis im gesellschaftlichen Diskurs. Kongress Netzwerk demokratische Polizei, 9.-10.9.2021 in Hannover, Frankfurt am Main 2021.

7.3. Wissenschaftliche Begleitung

Die Entwicklung der modularen Weiterbildung „**Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie**“ in der Polizei Niedersachsen wird vom Land Niedersachsen im Rahmen des Förderprogramms „Zuwendungen zur Förderung von wirkungsorientierten Maßnahmen und Projekten des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte“ gefördert. Zuwendungsgebende Stelle ist die für die Qualitätsentwicklung im Landesprogramm zuständige, beim Landespräventionsrat Niedersachsen im niedersächsischen Justizministerium angebundene, Koordinierungsstelle des Landesprogramms.

Ziel der Förderung ist es, wirkungsorientierte Maßnahmen und Projekte in der Entwicklung und Umsetzung zu unterstützen, die einen Beitrag zur Erreichung der Ziele des Landesprogramms leisten.

Die Entwicklung des Projekts wird im Auftrag der Koordinierungsstelle des Landesprogramms vom Institut proVal aus Hannover wissenschaftlich begleitet und die Umsetzung durch das Institut extern prozess- und wirkungsevaluiert. Hierfür wurden die bei der Konzeptentwicklung Beteiligten zunächst bei der wirkungsorientierten Ausrichtung des Konzepts beraten und in Abstimmung ein Evaluationskonzept entwickelt und umgesetzt.

Für die Evaluation werden die Teilnehmenden der Weiterbildung befragt. Damit soll festgestellt werden, ob die geplanten Lernziele der Fortbildung auch tatsächlich erreicht werden, bzw. in welchem Teilbereich sie noch nicht erreicht werden und das Fortbildungskonzept insofern gegebenenfalls weiter optimiert werden sollte. **Die angestrebten Lernziele umfassen einen Zu-**

wachs von Wissen, die Förderung von Fähigkeiten und Kompetenzen sowie eine Stärkung der demokratischen Haltung. Konkret überprüft wird, ob die fortgebildeten Polizeibediensteten durch die Teilnahme an der Fortbildung über relevantes Fachwissen für die Arbeit als „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie“ verfügen; sie ihr demokratisches Selbstverständnis reflektiert haben; sie in ihrer demokratischen Haltung gestärkt sind; sie in der Lage sind, sich für demokratische Kultur innerhalb der Polizei einzusetzen und diese weiter zu fördern und sie offen sind für eine vertrauensstiftende Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Institutionen.

Die Evaluation sieht drei Befragungen vor: Eine vor Beginn der Fortbildung, eine direkt nach der Fortbildung und eine ein paar Monate nach Beendigung der Fortbildung (die sogenannte Follow-Up-Erhebung). Durch die ersten beiden Befragungen (den sogenannten Vorher-Nachher-Vergleich) können Veränderungen gemessen werden, die im Zeitraum der Fortbildung bei den Teilnehmenden eingetreten sind. Die Follow-Up-Befragung ein paar Monate später zeigt, ob diese Veränderungen auch nachhaltig sind.

Das Evaluationskonzept wurde so ausgerichtet, dass es einerseits hohe Qualitätskriterien erfüllt, die mit denen zur Aufnahme eines Projekts in die Grüne Liste Prävention vergleichbar sind und andererseits ein auf andere Verwaltungsbereiche übertragbares und nachweislich wirksames Fortbildungskonzept im Bereich der Demokratiebildung und -förderung entsteht. Die vom Landespräventionsrat Niedersachsen entwickelte Grüne Liste Prävention ist eine Datenbank nachweislich wirksamer Präventionsprogramme. (www.gruene-liste-praevention.de)

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Liane Czeremin, Dr. Michael Parak, Martin Ziegenhagen

**Landespräventionsrat Niedersachsen, Koordinierungsstelle
Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte im
Niedersächsischen Justizministerium**

Dr. Kirsten Minder, Thomas Müller

Parts – Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH

Thomas Koester, Corinna Korb

**Polizeiakademie Niedersachsen, Forschungsstelle für
Polizei- und Demokratiegeschichte**

Cathrin Bergjohann, Thomas Eickhoff, Dr. Dirk Götting,
Sven Holzschneider, Michael Schmelkus

**Polizeihauptpersonalrat des Niedersächsischen
Ministeriums für Inneres und Sport**

Ralf Hermes, Bernd Dreier

**proVal – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche
Analyse, Beratung und Evaluation**

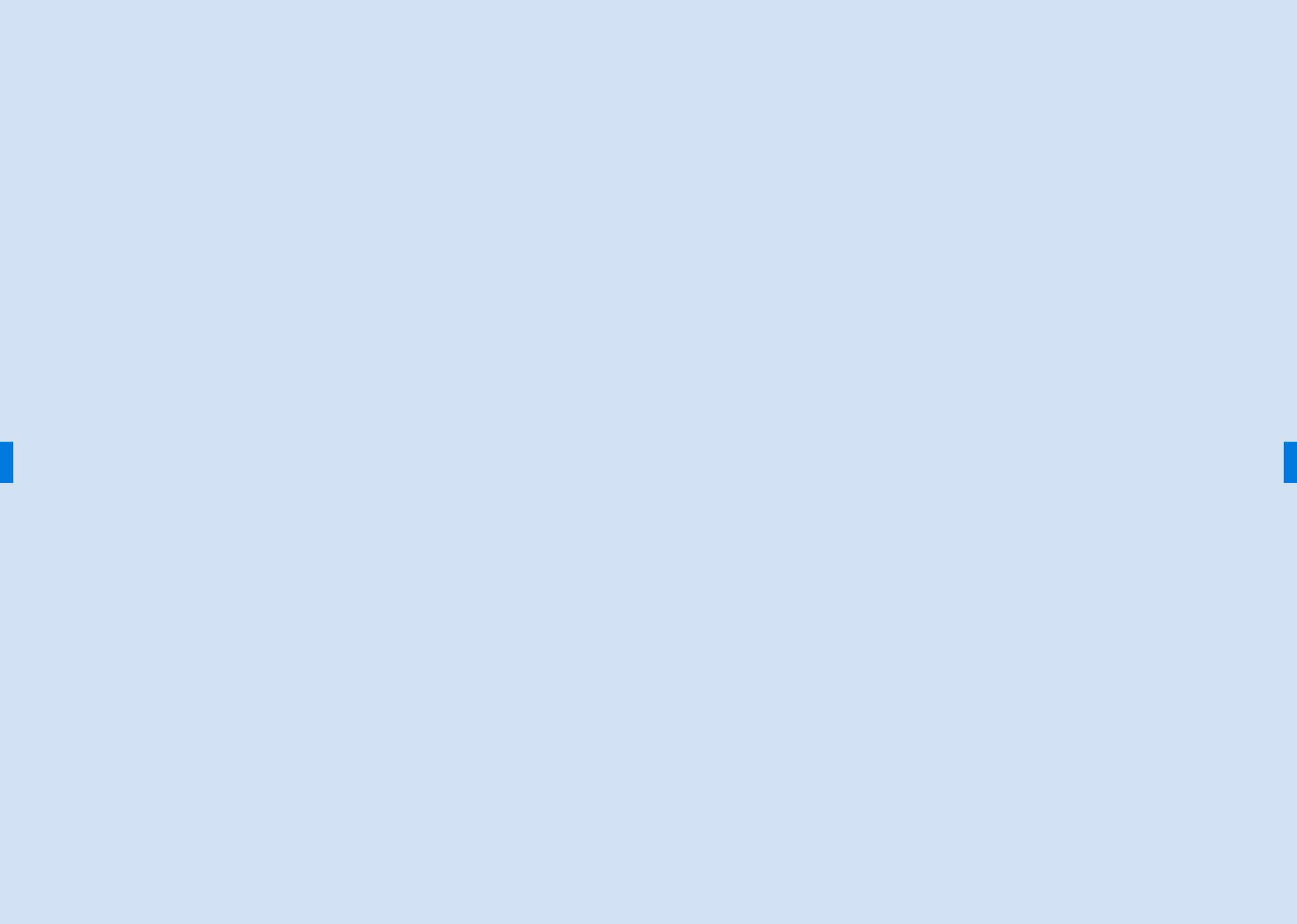
Prof. Dr. Olaf Lobermeier, PD Dr. Rainer Strobl,
Merle Werner

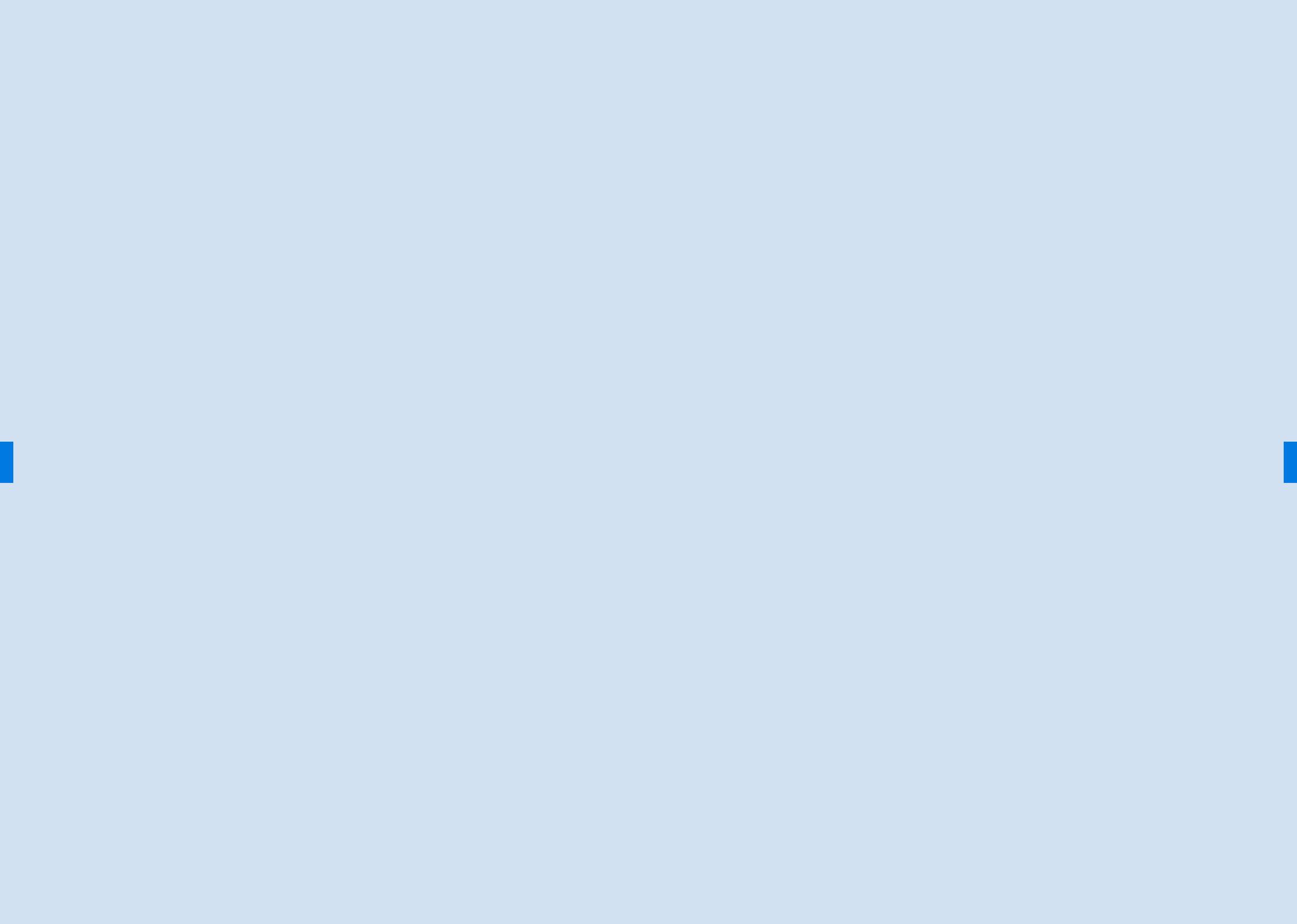
**Dr. Michael Parak, seit 2009 Geschäftsführer von Gegen
Vergessen – Für Demokratie e.V.**

1999 Universität Leipzig, Staatsexamen Geschichte und
Deutsch für das Lehramt an Gymnasien, 2004 Promotion,
1999–2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Univer-
sität Leipzig, 2005–2009 Kulturreferent beim Schlesi-
schen Museum zu Görlitz im Auftrag des Beauftragten der
Bundesregierung für Kultur und Medien.

**Dr. Dirk Götting, wissenschaftlicher Direktor, Leiter
Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte /
Polizeimuseum der Polizeiakademie Niedersachsen**

Seit 1979 im Dienst der Polizei des Landes Niedersach-
sen. Polizeiinternes Studium an der Fachhochschule für
Verwaltung und Rechtspflege in Hildesheim sowie berufs-
begleitendes Studium der Geschichte und politischen
Wissenschaft an der Leibniz-Universität Hannover. Nach
einer Tätigkeit als Dozent für Sozialwissenschaft an
der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in
Hann. Münden übernahm Dirk Götting die wissenschaftli-
che Leitung der Polizeigeschichtlichen Sammlung bzw. des
Polizeimuseums Niedersachsen. Seit 2020 ist Götting als
Wissenschaftlicher Direktor auch für die Forschungsstel-
le für Polizei- und Demokratiegeschichte an der Polizei-
akademie zuständig.





Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie. Themen sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes und verschiedenen Formen des politischen Extremismus. Der Verein nimmt an den Debatten über eine gemeinsame europäische Identität und Erinnerungskultur teil und wirbt für gesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe. In einer zunehmend polarisierten Gesellschaft entwickelt Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. konstruktive Lösungsansätze, die geeignet sind, Gemeinsamkeiten von Demokratinnen und Demokraten zu betonen.

Die **Polizeiakademie Niedersachsen** ist die zentrale Bildungseinrichtung für die Nachwuchsgewinnung, das Studium und die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der niedersächsischen Landespolizei. Sie ist ein bedeutendes Bindeglied zwischen Wissenschaft und operativen polizeilichen Tätigkeiten, zwischen Theorie und Praxis sowie zwischen grundlegendem Studium und dem lebenslangen Lernen. Die Polizeiakademie bündelt zudem in einem internen Netzwerk alle in ihrer Verantwortlichkeit liegenden Aktivitäten im Kontext der Stichworte „Demokratische Resilienz, Polizeischutz für die Demokratie, Rassismus, Racial Profiling, Rechtsextremismus in der Polizei und Polizeigewalt“. Hier laufen die Fäden zusammen zu den themenbezogenen Forschungsprojekten, dem Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“ und damit der Qualifizierung der „Strategiepatinnen und Paten für Demokratie“ sowie dem Ausbau und der Förderung polizei- und demokratiegeschichtlicher Bildung.



POLIZEIAKADEMIE
NIEDERSACHSEN